Dkg: 88

Wissenschaftsrat-Teach-in Dienstag, 22. 6., 18 Uhr, HZO 20

21. 6. 1971

BSZ

10 Pf Nr. 80

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

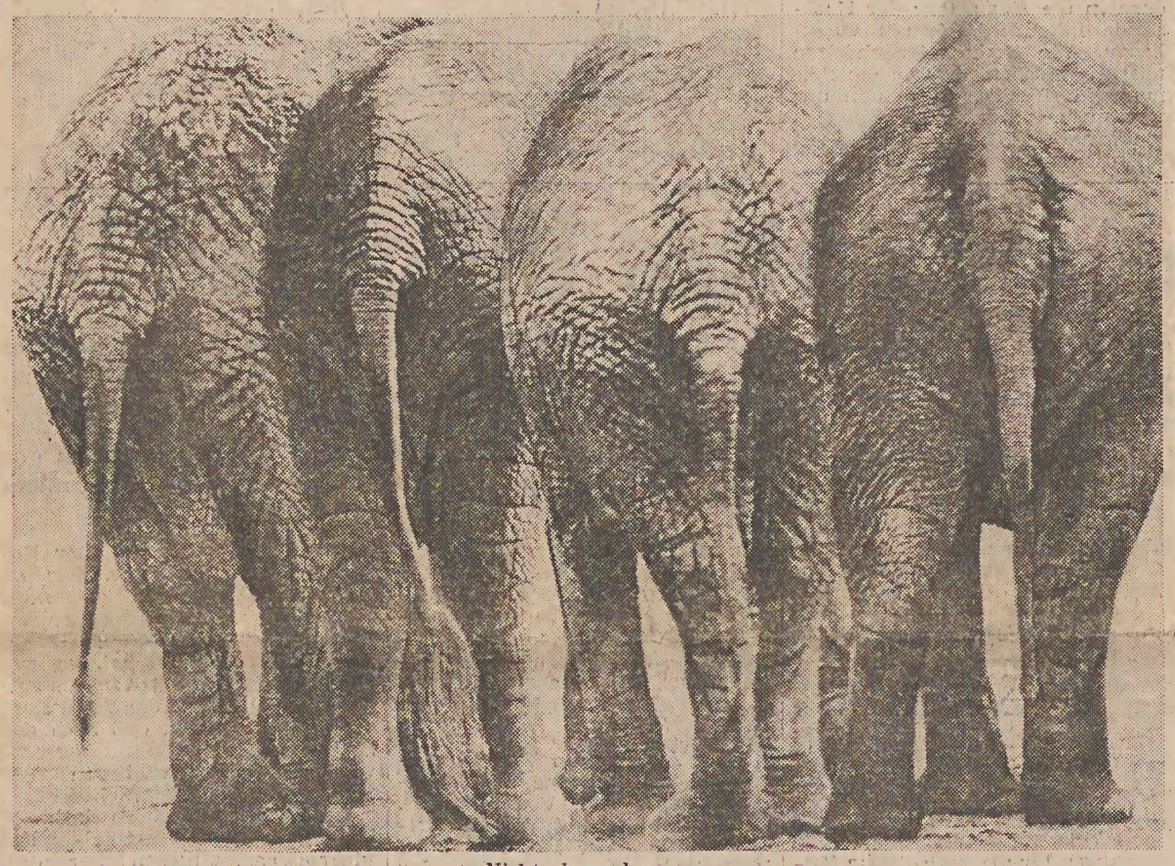
Während in den Abteilungen und Fachschaften Studenten und Assistenten ihre Untersuchungen der Auswirkungen der Wissenschaftsratsempfehlungen auf Abteilungsebene abschließen, bereitet der Aktionsrat die Veranstaltungen der kommenden Woche vor. Um allen Studenten und Assistenten, die an der Vorbereitung nicht beteiligt sind, den „Einstieg" in die Kampagne zu erleichtern, sei im folgenden nochmals die Entstehung der Wissenschaftsratsempfehlungen beschrieben und über die Begleitumstände des geplanten Besuchs an der RUB berichtet.

Funktion des WR

Der Wissenschaftsrat (WR) wurde 1957 auf Initiative der großen Forschungsförderungsorganisationen in der BRD gegründet mit dem Ziel, durch ein bundeseinheitliches Planungsgremium die föderalistisch dahinsiechende Wissenschafts- und Forschungspolitik aufzuwerten. Eine solche Vereinheitlichung und Aufwertung — so wurde damals von den weitsichtigsten Apologeten unseres Wirtschaftssystems erkannt — ist notwendig, wenn die BRD ihre führende Position im kapitalistischen Lager nicht einbüßen will. Von vornherein arbeitete der WR lediglich in dem finanziellen Rahmen, der ihm von Bund und Ländern gesteckt war, d. h. er kam über kurzfristige Flick-Vorschläge für undichte Stellen im System nicht hinaus. Die Folge solcher Einstellung war die Fortschreibung und Ausdehnung bestehender Kapazitätsengpässe, die zum bundesweiten Numerus clausus führte.

Erst 1965, nach der Gründung des Deutschen Bildungsrats, der sich vornehmlich um den Schulsektor kümmert, begann der WR mit mittel- und längerfristigen Planungen auf dem Hochschulsektor. Getreu den oben beschriebenen Intentionen (mit knappem Mitteleinsatz zur Bereitstellung der benötigten „Qualifikationen" beizutragen) entwarf der WR einen Katalog von restriktiven Maßnahmen: Studienzeitverkürzung auf 2 bis 3 Jahre, inhaltliche Ausrichtung der Studiengänge an diesem Zeitplan (dieser Punkt ist näher erläutert im Beitrag zu den Rau-Thesen), Studienüberwachung („Beratung"), an diesen Restriktionen ausgerichtete Ausbildungsförderung u. a. m.

Von der personellen Zusammensetzung her könnte man den Wissenschaftsrat eher als Wirtschaftsrat bezeichnen. Drei Viertel seiner Mitglieder bestellen die finanziell vom BRD-Kapital abhängigen Forschungsförderungsorganisationen, und auch dem Rest sind unter dem Mäntelchen „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" solche Vertreter beigemischt. Eine solche Besetzung für ein eben nur scheinbar mit wissenschaftlichen Prinzipien arbeitendes Planungsgremium ist nur logisch. Für uns gilt es, diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen und allen Kommilitonen und Assistenten zu vermitteln. Die Forderung kann nicht sein, etwa einige Kapitalvertreter im WR auszuwechseln zugunsten breiterer demokratischer Öffentlichkeit; der WR selbst muß in Frage gestellt und abgeschafft werden: ein WR, der auf der Basis der staatlichen Ausgabebereitschaft Pläne zu entwerfen hat, ist — unabhängig von seiner Zusammensetzung — dazu verurteilt, von den objektiven Bedürfnissen der Auszubildenden abzusehen und lediglich die Prioritäten innerhalb der vorgegebenen Finanzkapazitäten festzulegen. Der Kampf gegen den WR ist deshalb exemplarisch zu führen als Kampf gegen jene Institution, die im Bereich der Staatsbürokratie als offiziell eingesegnetes Planungsgremium am konsequentesten der strukturell-organisatorischen Formierung dient, aus der die inhaltliche Formierung ableitbar ist (vgl. Studien-„Reform" gemäß Rau-Thesen).



Nicht abwenden . . .

. . . oder weglaufen . . .

. . . sondern dem Wissenschaftsrat gegenüber entschlossen auftreten!

Planungsrealisierung am Beispiel Bochum

Die inzwischen gebildete Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung erarbeitet ihre Konzeptionen auf der Basis eben dieser WR-Vorstellungen, d. h. die restriktiven Reglementierungen werden vorbehaltlos übernommen. Deshalb kann der WR in diesen Tagen unabhängig vom Fortgang der Arbeit der Bund-Länder-Kommission die Universitäten besuchen und Anweisungen für die Realisierung seiner Konzeptionen erteilen. Wissenschaftsratsbesuch und die Studien-„Reform" gemäß Rau-Thesen sind deshalb als konzertierte Aktion zu betrachten: der WR wird die „Notwendigkeit" seiner „Reformen" den Abteilungsfürsten nahezubringen versuchen (wie die „offiziellen" Abteilungsstellungnahmen zeigen, sind zahlreiche Ordinarien zur Kooperation bereit), der Minister wird anschließend die Fachkommissionen zur Studien-„Reform" einberufen und auf Kollaboration rechnen dürfen.

An dieser Stelle müssen unsere Maßnahmen einsetzen: nur wenn es uns gelingt, auch die Lehrenden von der Rigidität solcher Planungen zu überzeugen, nur wenn sämtliche Kommilitonen unsere Gegenforderungen mitvertreten, besteht eine Chance, diese Planungen zu unterlaufen.

Verlauf der Aktionswoche:

Am Montag, dem 21. 6., treffen sich um 17 Uhr im Haus der Freunde die Fachschaftsvertreter und die assistentischen und studentischen Gesprächsteilnehmer, um die vorbereiteten Arbeiten zusammenzufassen und eine gemeinsame Strategie für den Besuchsablauf zu erörtern. Zu dieser Sitzung sind alle Studenten und Assistenten, die an den Vorbereitungen auf Abteilungsebene mitgewirkt haben, herzlich eingeladen.

Am Dienstag, dem 22. 6., findet um 18 Uhr in HZO 20 ein vom Aktionsrat veranstaltetes teach-in zum Thema „Wissenschaftsrat und Bildungsplanung" statt. Hauptreferent ist Gerd Köhler, letztjähriges vds-Vorstandsmitglied und Sekretär des vds Projektbereichs Bildungsplanung. Der Besuch selbst findet am Mittwoch und Donnerstag (23./24.6.) statt. Der AStA fordert, die Gespräche in einem Hörsaal vor breiter Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Ziel dieser Gespräche muß es sein, durch intensive Diskussion der Folgen der WR-Planungen für Universität und Studium die Vertreter unserer Hochschule für unseren Widerstand gegen die Planung zu gewinnen; Ziel der Gespräche kann nicht sein, etwa die beiden WR-Vertreter auf unsere Positionen festlegen zu wollen: allenfalls könnte es gelingen, diese Herrschaften mit ihrer festgefügten Meinung etwas zum Schwitzen zu bringen.

Am 24. 6. um 15 Uhr in HZO 30 klingt die Kampagne mit einem teach-in des Projektbereichs Lehrerausbildung aus. Dieses teach-in hat die Funktion, allen Studenten am Beispiel des Projektbereichs klarzumachen, daß Gegenwehr gegen die staatlichen Planungen nur dann Erfolg verspricht, wenn sich möglichst viele Studenten bei allen fachspezifischen Unterschieden zu solidarischem Handeln zusammenfinden und gewerkschaftlich orientieren. Die anschließende 1. Vollversammlung des Projektbereichs soll bei Teilnahme aller Kommilitonen, die ein solches Konzept aktiv unterstützen wollen, das weitere strategische Vorgehen des Projektbereichs erörtern und eine Plattform für den Projektbereich verabschieden. Ein Entwurf für eine solche Plattform ist abgedruckt in der BSZ Nr. 77, S. 2 (im AStA erhältlich).

Tragt dazu bei, daß die Aktionswoche zum Auftakt für unseren organisierten Widerstand gegen solche staatliche Planungen wird! Beteiligt Euch alle an den Veranstaltungen des Aktionsrats!

Geld für DSKV-Befreite

Ab sofort werden in der Uni-Zweigstelle der Westfalenbank die 70,— Mark für die von der DSKV befreiten Studenten zurückgezahlt. Studentenausweis unbedingt mitbringen.

Neue Befreiungsanträge können nicht mehr gestellt werden, da die Befreiungsfrist seit dem 14. Mai verstrichen ist.

TERMINE

Mi., 23. 6., Gespräch mit dem Wissenschaftsrat;

12.00 Uhr, Teach-in bei WiWis (Raum wird noch bekanntgegeben);

Do., 24. 6., Gespräch mit dem Wissenschaftsrat;

15.00 Uhr, HZO 30, Teach-in des Projektbereiches Lehrerausbildung;

16.00 Uhr, HZO 30, Projektbereich Lehrerausbildung, Strategiediskussion und Verabschiedung einer Plattform.

Auf nach Frankfurt

Bundesweite Demonstration gegen das BAFöG! (Ausbildungsförderungsgesetz)

Am 25. Juni in Frankfurt; Busfahrt kostenlos ab Mensa (Näheres folgt!)

Jeder, der nicht mitdemonstriert, erklärt sein Einverständnis zu dem miesen Strobelhobel! Wenn man jetzt nicht gegen das BAFöG vorgeht, gibt's ab Oktober (oder Januar) ein Förderungschaos! Für familienunabhängige Förderung!

Gegen Reglementierung und Leistungsdruck!
Für Mitbestimmung bei der Förderungsvergabe!
Gegen Beschränkung der Förderung auf das Zwangskurzstudium!
Für Chancengleichheit!
Gegen soziale Auslese!

zentrale registrierstelle und clearing-verfahren

Auf zahlreichen Ebenen vollzieht sich derzeit die Vereinheitlichung (Formierung) des Bildungssektors mit dem Ziel, Schulen und Universitäten im Interesse des Kapitals besser planbar zu machen. Einzelmaßnahmen dieser Art sind das Hochschulrahmengesetz und die Landeshochschulgesetze, Bildungsgesamtplan (organisatorische Formen von Gesamtschule und Gesamthochschule, aber ohne inhaltliche Demokratisierung), Ausbildungsförderungs- und Graduiertengesetz, Hochschulstatistikgesetz u. a.

Für Letzteres gibt es seit vielen Jahren eine vorbereitende Institution: die **Zentrale Registrierstelle (ZRS)** in Hamburg. Bisher erfaßte sie lediglich die diversen medizinischen Disziplinen. Sie wurde eingeführt, als der Numerus clausus (NC) in diesen Fächern wegen eklatanter Unterkapazitäten notwendig wurde. Alle Aspiranten für ein Medizinstudium hatten sich fortan in Hamburg registrieren zu lassen; wenn sie Glück hatten, bekamen sie über kurz oder lang auch tatsächlich einen Studienplatz zugewiesen.

Es wäre nun zu erwarten gewesen, daß diese ZRS auch von staatlicher Seite lediglich eine Übergangsfunktion bis zur Bereitstellung ausreichender Kapazitäten zugewiesen bekommen hätte. Doch weit gefehlt: **nach und nach wurde nicht etwa die Zahl der Studienplätze erhöht, sondern einfach die Zahl der Medizinstudenten verringert; und das, obwohl z. B. die medizinische Versorgung der Landbevölkerung nach wie vor im argen liegt. Hier wird bereits deutlich, daß die Regierung eines kapitalistischen Staates an solchen nicht unmittelbar profitablen quasi infrastrukturellen Verbesserungen gar nicht interessiert ist.** Heute ist ein Stadium erreicht, wo die früheren unzureichenden Kapazitäten zum Teil nicht einmal mehr voll ausgelastet sind!

Nun erkannte eine NC-Kommission der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) das Gebot der Stunde: Sie arbeitete den staatlichen Formierungsversuchen in die Hände, als sie die Einbeziehung der Fächer Mathematik, Physik, Biologie und Chemie in die ZRS anregte. Eine solche Regelung kam jedoch für manche autonomiebewußten Ordinarien noch zu früh: da schon bei einer Nichtbeteiligung von 10 Prozent der Hochschulen am ZRS-Verfahren dieses ineffizient wird, konnte durch die ablehnende Haltung einiger Fakultäten für die Fächer Mathematik und Physik die Einbeziehung in das ZRS-Verfahren verhindert werden.

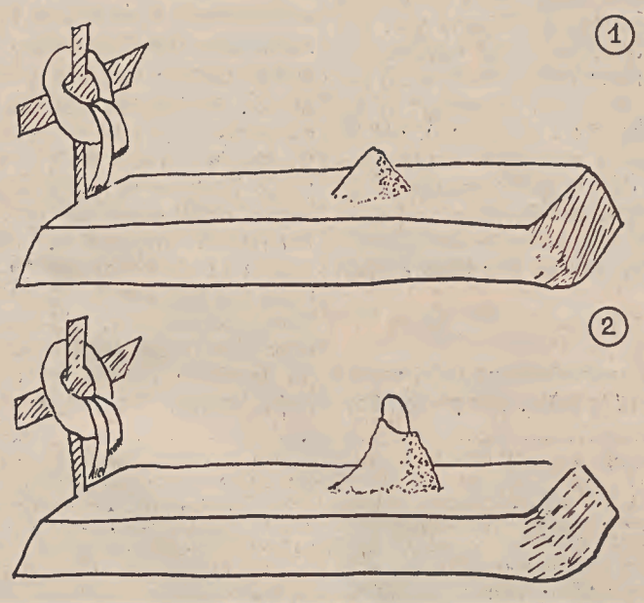
Studienanfänger in den Fächern Biologie und Chemie dagegen bekommen (wenn überhaupt) ihre Studienplätze bereits zum kommenden Wintersemester über die ZRS zugewiesen.

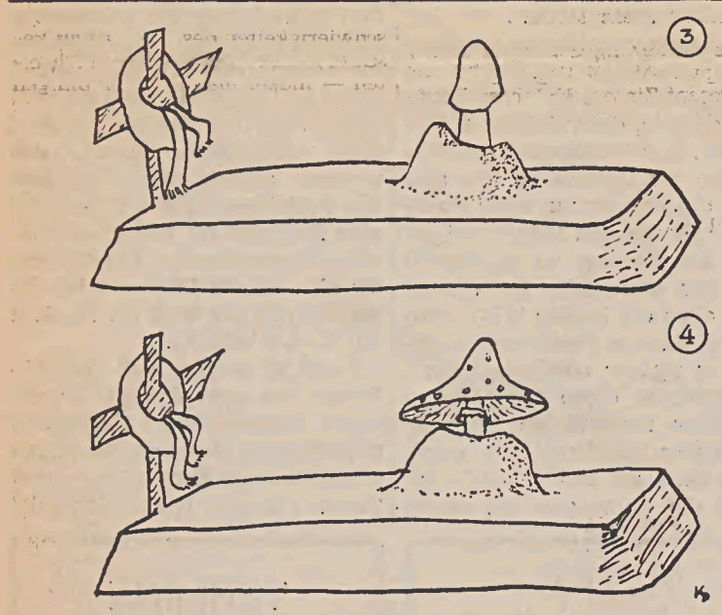
Für die Fächer Mathematik und Physik wird wie schon im Sommersemester auf NW-Ebene das „freiwillige" sogenannte **Clearing-Verfahren** angewandt. In der Tat ist dieses Verfahren gegenüber dem ZRS-Verfahren **vergleichsweise harmlos:** zum einen hat es lediglich die Aufgabe, die „überschüssigen" Studenten gleichmäßig auf alle Universitäten zu verteilen; andererseits sind auch Studenten und Assistenten am Kontrollverfahren beteiligt, wobei allerdings zu bedenken ist, daß sich die vorherigen Kapazitätserhebungen der einzelnen Fakultäten dieser Kontrolle entziehen. Natürlich kann ein solches Verfahren einen großzügigen beschleunigten Ausbau der Kapazitäten nicht ersetzen; solange jedoch Engpässe bestehen, kann auf ein dem Clearing ähnliches Verfahren wohl nicht verzichtet werden: **dabei müssen sowohl die lokalen Kapazitätserhebungen als auch die Verteilung der Studenten der Kontrolle der gesamten Hochschulöffentlichkeit unterstehen, das gesamte Verfahren muß von den Hochschulen selbst, ohne staatliche Direktiven, verantwortet werden.**

Die ZRS jedoch muß von uns bedingungslos bekämpft werden. In ihr vollziehen sich die Verteilungsprozesse ohne jede Kontrolle der Betroffenen. Der Ausbau der ZRS zur staatlichen Clearingstelle für alle Studienfächer steht zu befürchten. In diesem Semester wurde durch den Widerstand einzelner Abteilungen ein entscheidendes Übergreifen des ZRS-Verfahrens noch einmal verhindert. Hochschulgesetze und Hochschulstatistikgesetz werden diesen Widerstand jedoch in Kürze brechen. **Schon sind auch alle geisteswissenschaftlichen Studienanfänger aufgefordert, sich bei der ZRS über ihre Studienmöglichkeiten zu „informieren".** Der Numerus clausus tritt in den geisteswissenschaftlichen Fächern bis jetzt lediglich vereinzelt auf. Dieser Zustand wird jedoch bald verändert sein. Der „Bedarf" z. B. an geisteswissenschaftlichen Lehramtskandidaten wird demnächst spürbar sinken (vgl. Info 2 des Projektbereichs Lehrerausbildung). In dieser Situation käme eine obligatorische ZRS wie gerufen. Sie könnte die Studentenzahlen so „steuern", daß es dann wegen ausreichender Kapazitäten an den geisteswissenschaftlichen Abteilungen **zwar keinen Studien-NC, wohl aber einen Berufs-NC** gibt in der Weise, daß Lehramtsaspiranten für nicht mehr benötigte Schulfächer einfach nicht mehr zum Studium zugelassen werden. Ähnlich könnte es den Studenten für andere in unserem Gesellschaftssystem zum Sterben verurteilte Berufe ergehen.

Gegen dieses einseitig an den „Bedürfnissen" der herrschenden Kapitalinteressen ausgerichtete, die gesamtgesellschaftliche Berufsnachfrage vernachlässigende Steuerungsverfahren gilt es den Kampf aufzunehmen. Der Bochumer Rektor Faillard, demnächst Vizepräsident der WRK, erklärte kürzlich auf Anfrage, die Rektoren gedächten nichts gegen die Einbeziehung der Fächer Biologie und Chemie in die ZRS zu unternehmen. Ebensowenig scheinen sich die Herren Rektoren gegen ähnliche Entwicklungen in anderen Fächern zur Wehr setzen zu wollen. **Wir müssen Herrn Faillard und alle anderen Handlanger der staatlichen Planungsinteressen zwingen, keine weiteren Vorstöße in Richtung Ausbau der ZRS zu unternehmen, sondern in die Kompetenz der Hochschule fallende Verfahren aufzubauen.** Alle Hochschulangehörigen müssen gemeinsam gegen die Planungseingriffe des Staates in unwissenschaftlichem, an sogenannten wirtschaftlichen Erfordernissen orientiertem Sinn angehen.

3x in Nähe der Uni
SPARKASSE
Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 51 10 15
SPARKASSE
Universität, Buscheystraße 132 Tel. 51 16 74
SPARKASSE
Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 51 41 72
- in Ihrer Nähe -





Es ist soweit:

Rau initiiert Studien-„Reform"

Gerade in dem Moment, da der Wissenschaftsrat in seinem provozierenden „Fragenkatalog" scheinheilig wissen will, ob die Vorbedingungen (Studien-„Reform") an den Universitäten zur Einführung von Kurzstudiengängen bereits erfüllt sind, hat Wissenschaftsminister Rau „Thesen zur Gesamthochschule" vorgelegt (vgl. Rektoratsbericht Nr. 23).

Für uns sind diese Thesen an jenen Stellen besonders interessant, wo sich der Minister über die „Neuordnung der Studiengänge" ausläßt. Noch in diesem Sommer wird er demnach einen **„Beirat für die Studienreform"** berufen, der die Aufgabe hat, „Reform"-Zielvorstellungen zu entwickeln. Dieser Beirat besteht aus 30 Personen. Ihm sollen — so der Minister — „neben Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Sachverständigen aus der Berufspraxis auch Studenten der verschiedenen Hochschularten angehören." Die studentische Abordnung soll aus drei (3!) Personen bestehen. Die ASten des Landes werden sich gemeinsam gegen diese Unverschämtheit verwahren. Auch das weitere Vorgehen werden sie gemeinsam beschließen. Es steht noch in Frage, ob sie jede Teilnahme an diesem „Beirat" ablehnen oder wenigstens physisch anwesend sein werden, um endlich einmal anschauliches Material über Studien-„Reform" bei ausschließlicher Weisungsbefugnis des Ministers, unter maßgeblicher Beteiligung der Vertreter von Konzernen und Banken, sammeln zu können.

Ende des Jahres — so der Minister weiter — sollen Studienreform-Kommissionen für die einzelnen Fächer gebildet werden.

Diese Kommissionen werden auf der Basis der Vorschläge des Beirats und der Weisungen des Ministers zu arbeiten haben.

Die Umsetzung der Vorstellungen dieser Kommissionen im Gesamthochschulbereich wird wie folgt vonstatten gehen: Universitätskommissionen stimmen die Reformen der Universität mit den Vorstellungen des Ministers ab. Die Mitwirkung (**nicht** Mitbestimmung) der betroffenen Abteilungen ist zu gewährleisten.

Angesichts solcher Bedingungen ist überhaupt nicht daran zu denken, daß sich etwa irgendwelche studentische Vorstellungen zur Studienreform über diese Kommissionen realisieren lassen.

Studentische Forderungen können nur dann durchgesetzt werden, wenn sie nicht von einigen wenigen Vertretern, sondern von der Masse der Studenten vorgetragen werden.

Erarbeitet Gegenvorstellungen in Eurem Interesse! Organisiert Euch auf Abteilungs- und Universitätsebene! Nur so kann den Zielvorstellungen des Ministers und seiner Hintermänner begegnet werden!

Wird es ein drittes UP geben?

Sein oder Nichtsein eines 3. UP hängt davon ab, ob sich die Mitgliedsgruppen der Universität, das Rektorat und die Mitglieder des jetzigen UP einigen können, WIE das nächste UP gewählt werden soll. Die vom Staatskommissar erlassene Wahlordnung, nach der das jetzige UP zustandegekommen ist, ist sowohl rechtlich wie auch politisch unhaltbar. Es gibt wohl niemanden in der Universität, der ernsthaft für eine Beibehaltung dieser in jeder Hinsicht unzulänglichen Wahlordnung plädiert.

Die Frage des Wahlverfahrens für das 3. UP drängt, weil die Amtszeit des jetzigen UP beinahe schon abgelaufen ist: in der Zeit vom 15. 6. (!) bis 1. 7. sollten die Neuwahlen stattfinden; das neue UP muß sich spätestens am Ende des Sommersemesters konstituieren.

Neue Wahlordnung

Die studentische UP-Fraktion steht auf dem Standpunkt, das UP müsse eine neue Wahlordnung verabschieden. Zumindest dieser formale Akt des Verabschiedens einer neuen Wahlordnung soll die Mitarbeit der Studenten in diesem UP rechtfertigen, das ansonsten im Sinne studentischer Politik wenig ergebnisträchtig war. Die studentische Fraktion mißachtet bei diesen Überlegungen zwei wesentliche Faktoren:

1. Ein rechtswidrig zustandegekommenes UP kann nicht rechtswirksam eine neue Wahlordnung erlassen.

Es ist davon auszugehen, daß die Mängel bei der Wahl des UP — sowohl was die Wahlordnung an sich als auch was die Durchführung der Wahlen betrifft (vgl. letzte BSZ) — dermaßen gravierend waren, daß das UP für nichtig erklärt werden muß. Damit ist auch der Beschluß über eine Wahlordnung nichtig.

Sollte das UP — aus seinem „politischen" Verständnis heraus (vgl. letzte BSZ) — dem UP-Vorsitzenden dennoch den Auftrag erteilen, Wahlen nach einer solchen nichtigen Wahlordnung anzusetzen, so ist der weitere Ablauf aus der historischen Erfahrung heraus vorhersehbar: entweder wird das Rektorat von sich aus rechtsaufsichtlich tätig und beanstandet diese Wahlordnung, oder es wird von einer Gruppe, einem Gremium o. ä. beauftragt, rechtsaufsichtlich tätig zu werden. **Das führt zur Aussetzung der UP-Wahlen, zum erneuten Zusammenbruch der universitären Selbstverwaltung, weil es wieder kein UP gibt, und wahrscheinlich zu einem weiteren staatlichen Eingriff in die Selbstverwaltung.**

Damit gäbe es in der Universität mal wieder einen Konflikt um abstrakte Rechtsnormen, der nur zwischen Funktionären ausgetragen wird und dessen Inhalt einer breiteren Öffentlichkeit überhaupt nicht vermittelt werden könnte, zumal einem solchen Konflikt — anders als bei der Auseinandersetzung um die Wahlordnung im letzten Jahr — jeder politische Hintergrund fehlen würde.

2. Darüber hinaus hieße die Verabschiedung einer Wahlordnung durch dieses UP Provozierung der Anpassung an das Hochschulgesetz.

Laut § 53 (2) HSchG-NRW müssen alle Ordnungen, die innerhalb der Hochschule jetzt neu erlassen werden, den Vorschriften des Hochschulgesetzes angepaßt werden. Für eine Wahlordnung heißt das: Anwendung des § 25 HSchG, der ein Wahlquorum von 33 Prozent vorsieht — ein Quorum, das für die Studenten unerschwinglich ist, dessen Nichterfüllung aber rigide Konsequenzen für die studentische Mitwirkung im UP beinhaltet: nämlich **Reduzierung der Sitze auf die Hälfte.**

Das Rektorat hat schon bei den Wahlen zum letzten UP auf die Gültigkeit des § 25 HSchG hingewiesen und damit gezeigt, daß es gewillt ist, **das Hochschulgesetz in Bochum durchzusetzen.** Auf keinen Fall würde das Rektorat daher eine Wahlordnung dulden, die diese Vorschriften nicht berücksichtigt. Es würde sich vielmehr zu rechtsaufsichtlicher Tätigkeit „gezwungen" sehen, auch wenn dann ein UP scheiterte.

Achtung!
Wer braucht noch ein Info zum Ausbildungsförderungsgesetz, das bald Honnef ablösen wird?!
Erhältlich beim AStA in Baracke 1, Zimmer 17

Wahl nach Art. 61

Die einzige Möglichkeit, ein rechtlich unangreifbares UP zu schaffen und damit gleichzeitig den juristischen Auseinandersetzungen um das UP ein Ende zu bereiten, ist die Wahl nach den Vorschriften des Art. 61 RUB-Verfassung.

Art. 61 ist Teil der Übergangsbestimmungen der Verfassung und regelt die Wahlen zum UP bis zu dem Zeitpunkt, wo das UP selbst eine Wahlordnung erläßt, die rechtsgültige Wahlen ermöglicht.

Eine solche Wahlordnung existiert nicht: die vom 1. UP am 8. 7. 1970 verabschiedete Wahlordnung ist vom Verwaltungsgericht für rechtswidrig und damit nichtig erklärt worden und auch die Wahlordnung des Staatskommissars ist nicht rechtsgültig. Das heißt: **Art. 61 RUB-Verfassung ist noch in Kraft, es kann und muß nach den Wahlvorschriften dieses Artikels gewählt werden.**

Eine politische Schwierigkeit erwächst bei der Anwendung des Art. 61 daraus, daß er nicht die Wahl der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter regelt, weil man bei der Verfassungsberatung davon ausgegangen war, daß der Personalrat die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter im UP vertreten würde. Diese Bestimmung hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bei seinem Urteil über die Wahlordnung für nichtig erklärt, weil sie gegen das Landespersonalvertretungsgesetz verstößt.

Diese Aussage des Verwaltungsgerichts bedeutet eine Teilnichtigkeitserklärung der Verfassung. D. h.: **obwohl die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter laut Art. 8 (1) RUB-Verfassung Mitglieder der Universität sind und obwohl laut Art. 6 (1) alle Mitglieder der Universität an der Selbstverwaltung beteiligt sind, sind die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter nach dem Gelsenkirchener Urteil von der Selbstverwaltung ausgeschlossen, bis durch eine vom UP zu beschließende Verfassungsänderung ihre Vertretung im UP neu geregelt ist.**

Da die durch den Staatskommissar erlassene Verfassungsänderung vom Verwaltungsgericht wohl für unwirksam erklärt werden wird — sie verstößt gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit — kann die vollständige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Selbstverwaltung nur so aussehen:
Die Wahlen zum nächsten UP werden nach Art. 61 RUB-Verfassung durchgeführt, und zwar ohne Beteiligung des Personals. Das ist kein Verstoß gegen die Verfassung, weil das Gericht die Form der Beteiligung des Personals im UP ja für NICHTIG erklärt hat. Das zunächst drittelparitätisch zusammengesetzte UP ändert die Verfassung dann in der Weise, daß auch das nichtwissenschaftliche Personal wieder gleichberechtigt in der Selbstverwaltung mitarbeiten kann.

Ein solches Vorgehen bedeutet keine politische Bevormundung der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. **Es ist vielmehr die einzige Möglichkeit, die RUB-Verfassung überhaupt noch zu retten.** Denn das Gericht hätte aufgrund der früheren rechtswidrigen Vertretung des Personals im UP ebensogut die **GESAMTE VERFASSUNG FÜR NICHTIG** erklären können, weil ein Grundprinzip dieser Verfassung nichtig ist. Das Gericht hat ausdrücklich nur auf Teilnichtigkeit erkannt, um der Universität die Möglichkeit zu geben, dieses Problem aus eigener Kraft zu lösen. Die Lösungsmöglichkeit habe ich oben angeführt. **Sollte eine solche Lösung nicht zustande kommen — vielleicht weil das Personal damit nicht einverstanden ist — wird die ganze Verfassung scheitern. Die Konsequenzen kann sich jeder selbst ausmalen.** rze

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Dissertations-Sofort-Druck
Wir schreiben und drucken. Für unser Angebot gibt es keine Parallele; wir nehmen den Preisvergleich mit **jeder** Stelle auf. Bitte, prüfen Sie!
Schreiben — Pro Normalseite **einschließlich** Einmal-Schwarzband für besonders hochqualifizierten Offsetdruck 1,95 DM
Drucken — Größe 2 : 1 pro DIN A 5 bei einer Auflage von 50 Exemplaren 2,95 DM je Seite; für jede weiteren 50 Exemplare 10 % Aufschlag
Größe 1 : 1 pro DIN A 4 bei einer Auflage von 50 Exemplaren 3,95 DM je Seite; für jede weiteren 50 Exemplare 10 % Aufschlag
Lieferzeit — ca. 10 Tage, Buchbinderarbeiten etc. auf Anfrage
Wenden Sie sich an uns, gleichgültig wo Sie wohnen!
THERSAL-VERLAG — Abt. Dissertationsdruck —
463 Bochum, Untere Marktstraße 4, Telefon (0 23 21) 6 07 92

Tatsächlich Hilfe?

Kapitalistische Entwicklungspolitik der zweiten Entwicklungsdekade

Die bereits am 11. Februar verabschiedete „Entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland für die zweite Entwicklungsdekade" (EKBRD) liegt jetzt als Broschüre vor. Hier soll kurz untersucht werden, ob die Kritik an der Politik der ersten Dekade dieses neue Strategiedokument wesentlich beeinflußt hat.

Grundlage der EKBRD ist das Dokument „Internationale Strategie für die zweite Entwicklungsdekade der UN" (verabschiedet am 24. 10. 70), in dem in 84 Punkten detailliert die Entwicklungspolitik der 70er Jahre — mit dem Anspruch eines Richtwertes — projiziert wird. Anhand einiger spezieller Kritikpunkte (kursiv gedruckt), mit denen sich bereits der sogenannte „Montagskreis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (wenig überzeugend) auseinandergesetzt hat, soll überprüft werden, ob die EKBRD Neues bringt.

Politisches Wohlverhalten

Entwicklungshilfe wird vom politischen Wohlverhalten des Empfängerlandes abhängig gemacht. Sie dient der Durchsetzung außenpolitischer Ziele.

Dazu: „Die Bundesregierung versucht nicht, den Partnerländern politische sowie gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vorstellungen aufzudrängen" (EKBRD, S. 11). Realiter sieht das Ganze allerdings etwas anders aus. **Jüngst drohte nämlich Scheel Chile, das gerade die DDR anerkannt hatte, mit Einschränkung der Entwicklungshilfe (E-Hilfe);** sollte das eine Modifikation der Hallsteindoktrin sein?! Zugegebenermaßen war Eppler gegen solche Sanktionen, aber das von der Bundesregierung verabschiedete EKBRD bekommt damit zumindest den Anschein des Nur-Verbalen.

Terms of trade, Zölle, Steuern

Da die Preise der Rohstoffe aus den E-Ländern ständig fallen, während die Preise der Industrieprodukte aus den Industrieländern (I-Ländern) ständig steigen, können die E-Länder immer weniger für ihre Güter einkaufen. Dieser Sachverhalt ist eine Folge der Wirtschaftspolitik der I-Länder, die durch Zölle und ähnliche Maßnahmen Importchancen der E-Länder, insbesondere bei landwirtschaftlichen Produkten, zugunsten der eigenen Volkswirtschaft vereiteln. Außerdem sind die I-Länder nicht bereit, durch Stabilisierung der Rohstoffpreise den E-Ländern zu helfen.

Dieses Problem beruht auf den vom Kolonialismus hinterlassenen Monostrukturen. (Terms of trade: Quotient aus einem Index der Ausfuhrwerte und einem Index der Einfuhrwerte). Die Kolonien waren die Rohstofflieferanten. (Anteil am Gesamtexport: in Brasilien: 74 Prozent Kaffee; in Venezuela: 95 Prozent Erdöl; in Chile: 63 Prozent Kupfer; in Nicaragua: 63 Prozent Kaffee). Deshalb findet sich sowohl in der UN-Strategie wie in der EKBRD (S. 10) die Forderung nach Unterstützung breitgestreuter Produktion. Damit allerdings ist es nicht getan, **denn die E-Länder können mit der schönsten Produktion nichts anfangen, wenn das reiche Ausland sie, die armen Länder, nicht als Handelspartner akzeptiert.** Dafür besteht aber nicht viel Aussicht, weil (Punkt 35 der UN-Strategie) — im Rahmen der vielbeschworenen internationalen Arbeitsteilung — eine **entsprechende Strukturpolitik innerhalb der I-Länder** gemacht werden müßte. Sollte sich beispielsweise Chile auf die Produktion von Eisschränken spezialisieren, müßte die BRD ihren eigenen industriellen Sektor, der Eisschränke produziert, stützen oder abbauen. Eine nach den Bedürfnissen der E-Länder ausgerichtete innerwirtschaftliche Strukturpolitik der I-Länder ist allerdings nun völlig illusorisch — zumindest in unserem System; denn eine weitere Determinante würde die ohnehin schon mit dauernder Krisenabwehr beschäftigten Strukturpolitiker zur Verzweiflung bringen; ganz abgesehen davon, daß die Unternehmer aufgrund ihrer Motivationen und ihrer Macht nicht mitmachen bzw. das wirksam verhindern würden. **Angesichts dieser Tatsachen ist eine Verbesserung für die E-Länder recht unwahrscheinlich.**

Privatinvestitionen

Privatinvestitionen der hochentwickelten Länder in den E-Ländern beweisen am klarsten den neokolonialistischen und imperialistischen Charakter des spätkapitalistischen Systems und seiner sogenannten E-Hilfe.

Das allein an der Maximierung des Profits orientierte Interesse der übermächtigen Konzerne führt in den E-Ländern zu

- *einseitiger Produktionsstruktur,*
- *Transfer der Profite ins Ausland,*
- *Monopolbildung,*
- *geringer und einseitiger Verbreitung des technischen Fortschritts und der Berufsausbildung,*
- *Vernachlässigung sozialer Maßnahmen,*
- *Verfestigung entwicklungshemmender Sozialstrukturen und Abhängigkeiten,*
- *militärischen Interventionen und Finanzierung von Bürgerkriegen, sobald die Interessen der Konzerne gefährdet sind (Lateinamerika, Biafra).*

Diese Vorwürfe, zu denen der schon oben erwähnte Montagskreis nur recht lasche Gegenargumente fand (Etwa: die USA treiben's viel schlimmer; „Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß **in einer Marktwirtschaft nur begrenzter staatlicher Einfluß auf Art und Richtung der Privatinvestitionen genommen werden kann.** Hier sind die E-Länder aufgefordert, geeignete Maßnahmen nach ihren Interessen zu ergreifen."), ignoriert die EKBRD ganz. Im Gegenteil: „Die Bundesregierung anerkennt die große Bedeutung des privaten Kapitaltransfers in E-Länder." (S. 12). Die UN-Strategie sagt es noch deutlicher: (die E-Länder)"... denken daran, daß ein **günstiges Investitionsklima** die Bereitschaft zu fortlaufender Investitionstätigkeit fördert." Im Übrigen wird unter dem Posten „E-Hilfe" (Richtzahl: 1 Prozent des Bruttosozialprodukts) weiterhin die private Kapital-„Hilfe" geführt.

Lieferbedingungen

Durch die Lieferbindung werden die E-Länder dazu gezwungen, in Höhe der gewährten E-Hilfeleistungen Güter und Dienste im Geberland zu kaufen. Ein Großteil der gewährten Hilfe kommt somit der einheimischen Wirtschaft zugute. Die Lieferbindung macht es den E-Ländern weitgehend unmöglich, Güter in den Ländern einzukaufen, die die günstigsten Preise und die beste Qualität bieten. Ferner sollen durch Lieferbindung deutsche Waren bekannt gemacht und somit Märkte für unsere Produktion geschaffen werden.

„Schaffen Sie hier erst einmal ein günstiges Investitionsklima!"

Zumindest in der staatlichen E-Hilfe ist die Bundesregierung bereit, Zugeständnisse zu machen (z. Z. kommen ca. 80 Prozent der E-Hilfe als Aufträge an die Industrie zurück), allerdings nur unter der Voraussetzung, „daß faire internationale Wettbewerbsbedingungen sichergestellt werden" (S. 21). Das betrifft selbstverständlich nur den Bereich der öffentlichen Hilfe, **während der private Bereich (über 50 Prozent der E-Hilfe) davon unberührt bleibt.** Für die E-Länder bleibt natürlich als Fakt, daß sie einen Großteil der Kredite nur **unter der Bedingung bekommen, dafür Waren aus der BRD zu beziehen.**

Kreditkonditionen

Die E-Länder verschulden sich zunehmend gegenüber den I-Ländern. Im Jahre 1965 mußten schon 43 % aller bewilligten Mittel für Rückzahlungen früherer Kredite verwendet werden. Die Verschuldungssituation ist nicht zuletzt den unangemessenen Konditionen der Kreditpolitik der I-Länder zuzuschreiben.

Eine Milderung der Konditionen ist angestrebt, sie liegen jetzt bei 2,5 Prozent Zinsen, 30 Jahren Laufzeit bei 8 tilgungsfreien Jahren. Allerdings soll noch ein Spielraum nach oben oder unten, je nach Lage des E-Landes, verbleiben. (Übrigens: als „E-Hilfe" kann eigentlich bei solchen Krediten nur bezeichnet werden die Differenz zwischen dem, was man am Kapitalmarkt durch Ausleihen eines solchen Geldbetrages verdienen könnte und dem, was man aufgrund der günstigeren Konditionen vom E-Land dafür bekommt (sog. „grant-Element)). Hier wird sich also qualitativ nichts ändern. **Ein Großteil der neu aufgenommenen Kredite wird der Abzahlung der alten dienen müssen.**

Öffentlichkeitsarbeit

Die Bundesregierung und die politischen Parteien haben eine diffuse Einstellung zur E-Politik, weil sie ihr bisher keinen klaren politischen Stellenwert gegeben, ja sie weitgehend unpolitisch behandelt haben.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist doppelzüngig zu nennen, beispielsweise, wenn gegenüber dem Inland von der E-Politik als einer Politik des reinen Eigeninteresses (z. B. Märkte von morgen, Arbeitsplatzbeschaffung), gegenüber dem Ausland aber von Solidarität gesprochen wird.

Hierzu äußert sich die EKBRD nur sehr allgemein, spricht von „sehr komplexen Fragen" (S. 29) und hat für diese sehr wichtige Sache nur ½ Seite übrig.

Kann ein kapitalistisches Land überhaupt Entwicklungshilfe geben?

Eins müßte uns allen klar sein: Unsere Wirtschaft floriert (z. Z.) unter anderem **auf Kosten der E-Länder.** Ganz deutlich wurde das, als die arabischen Ölländer merkten, daß sie ja eigentlich die stärkere Stellung, das Angebotsmonopol hatten. Folge: der Benzinpreis stieg. Die Expansion der kapitalistischen Länder in die ganze Welt (Lenin erkannte das bereits 1916 in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"), die Einbeziehung auch der E-Länder in den Weltkapitalismus hilft dazu, zunächst die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zu kaschieren, bei bestimmten Produkten — indem man sich der billigen Rohstoffe und Arbeitskräfte der E-Länder bedient — die Preise in Grenzen zu halten. **Was für eine Preislawine auf uns zukäme, wenn alle E-Länder wirtschaftspolitisch emanzipiert auftreten könnten, läßt sich nur erahnen. Klar wäre dann auch, daß unser System — immanenten Mechanismen unterliegend — sein wahres Gesicht, weil deutlicher zeigen würde.** Daher wird sich zunächst objektiv — ganz abgesehen davon, daß man bei Eppler guten Willen unterstellen kann — an der Ausbeutung der E-Länder nicht viel ändern. In der Öffentlichkeit kann eine moralische Argumentation nicht das Primäre sein; **wichtiger ist zu vermitteln, daß sich am Problem der E-Länder auch für uns die Systemfrage stellt: Was ist langfristig (um eine vielmißbrauchte Vokabel zu benutzen) „effizient", im Sinne von Frieden erhaltend, Ausbeutung verhindernd?!**

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

RENAULT

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

KINDER GESUCHT!

Im Kinderladen an der Grimmestraße 10 sind zwei Plätze freigeworden. Es können also jetzt zwei Kinder aufgenommen werden. Alter: ca. 2½ Jahre. Der Monatsbeitrag für den Kinderladen kostet 120,— DM. Unerläßliche Voraussetzung für die Aufnahme eines Kindes ist die Verpflichtung der Eltern, mindestens einen Tag oder zwei halbe Tage (pro Elternpaar) im Kinderladen praktisch mitzuarbeiten.

Information für Interessenten: Im Kinderladen, Bochum-Laer, Grimmestraße 10 oder: Studentenwerk, Baracke 1, Zimmer 8. Tel.: 71 31 12.

links
Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten
Aktionsmodelle,
Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie,
Berichte aus der Linken international.
„links" ist illusionslos, undogmatisch –
eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.
Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis, jährlich, DM 15.–.
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

STUDIENKREIS FILM

Filmclub an der RUB

Mittwoch, 23. Juni

Robert Wiene: DAS KABINETT DES DR. CALIGARI. Dtl. 1919, mit Werner Krauss, Conrad Veidt, Lil Dagover.
„Du mußt Caligari werden!" Der einflußreichste deutsche Film. CALIGARI wurde Ursache eines künstlerischen und wirtschaftlichen Booms, der den deutschen Film zum gefährlichsten Konkurrenten Hollywoods machte.
Grandioses Horror-Kino, von Kubismus bis Hitler, von Faust bis Freud deutsche Seele erfassend. Siegfried Kracauer nannte sein Standardwerk über den deutschen Film: „Von Caligari bis Hitler".

Donnerstag, 24. Juni — OPEN-FILM-SHOWING

Dilettantismus und Distanz, Farb-Orgien und Frustrationen, Urlaub und Unsinn:
III. Amateurfilm-Wettbewerb an der RUB
Filme anmelden! (bis 19. Juni)
Filme herbringen! (bis 22. Juni)
IHR ALLE SEID JURY! Handfeste Preise sind zu verteilen. Diesmal gibt es auch Preise fürs Publikum (Kameras etc.)
ab 18 Uhr Non-Stop
Tel.: 71 + 33 64

Mittwoch, 30. Juni — Ingmar Bergman: PERSONA — Schweden 1966

Zwei Frauen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten, eine Gemütskranke und ihre Pflegerin, werden im Verlaufe ihres Zusammenseins einander immer ähnlicher, so daß am Ende die Identitäten wie vertauscht erscheinen. (Normalerweise macht man so etwas im Horrorfilm!) Hat in der Mitte eine der erotischsten Erzählungen, die je über einen Kinolautsprecher zitterten.
+ Winzentsen: Windstill. Zeichenfilm, Farbe, 1970

Donnerstag, 1. Juli

Douglas Sirk: IN DEN WIND GESCHRIEBEN — USA 1956
mit Rock Hudson, Dorothy Malone, Lauren Bacall.
Farbe. The Young Ones 5
„Die Kinder sind die armen Schweine. — Die Menschen mit ihrer Erziehung zu was und ihren manipulierten Träumen, die sind alle im Arsch." Fassbinder
+ Rainer Boldt: The Master Copy. Farbe CSc.

JEWEILS UM 18 UND 20.30 UHR IN HZO 20
(Hörsaalzentrum Ost, Saal 20, Signaturfarbe des Hörsaals: Blau. Eingang unten links)

Ratschlag für Kinogänger

sehenswert – ab 18. 6. – STUDIO

DEEP END, von Jerzy Skolimowski („Walkover", „Bariera", „Der Start"). Verhängnisvolle Liebesspiele im Hallenbad: Der 15jährige Mike, der dort arbeitet, hat seine erste Liebe, Susan, die ihn einmal ranläßt und ihn dann fallen läßt. „Frühlings Erwachen" also, aber mit einer Zurückhaltung, Delikatesse und optischen Sinnlichkeit inszeniert, die den Film vom üblichen schwülstigen Pubertäts-Drama wie vom üblichen Sex- oder Aufklärungsfilm gleichweit entfernen. „Ein öffentliches Hallen- und Wannenbad (die Voyeurgeilheit der Schwimmstunden, die Zoten an den Wänden der Männerkabinen, der Exhibitionismus weiblicher Besucher), ein Pornokino, Sohos Stripper- und Bordellgassen. Alles glaubwürdig, wahrscheinlich, einleuchtend..." (Filmkritik). Gute Schauspieler (John Moulder-Brown, Jane Asher, und in einer grotesken Nebenrolle die verfettete, träge, geile Diana Dors als Kassiererin). Der Film hat ein schwarzes, „deep" end: Mord.

annehmbar – ab 17. 6. – ATLANTIS

DIE FAHRTEN DES ODYSSEUS, von Mario Camerini, 1954, mit Kirk Douglas, Silvana Mangano, Anthony Quinn. Mehr wildwest-abenteuerlich als antik-sagenhaft. Kirk Douglas zieht mit seinem Fernfahrerblick kreuz und quer durchs Gelände und Gewässer. Schöne Tricktechnik (Polyphem, etc.). Inzwischen schon wieder ein Pop-Film. Homer würde staunen, wäre er nicht a) tot b) blind.

Wir sind ein dynamisches Vertriebsunternehmen der Elektronik mit jungen Mitarbeitern im Zentrum Dortmunds.

Wir suchen technisch-kaufmännisch interessierte Studenten für:

1. ÜBERSETZUNGEN
(englisch/deutsch, französisch/deutsch)
2. WERBUNG

Für unseren Geschäftsführer suchen wir einen rührigen und wendigen persönlichen Assistenten für verschiedene Aufgaben.

Fahrprobleme lösen wir.

Bitte, sprechen Sie mit Herrn Bruchhausen oder Herrn Reinelt

Elektronik Bauelemente GmbH
Dortmund, Viktoriastraße 15 – Telefon (02 31) 52 80 65

Fachschaft im Spiegel

Abteilung SoWi:

Die schlichte Welt des Friedrich Landwehrmann

Ein Übermaß an Erkenntnissen und Einsichten stürmt auf den ahnungslosen Leser ein, wenn er sich das Buch „Industrielle Führung unter fortschreitender Automatisierung", Habilitationsschrift Friedrich Landwehrmanns (Papalekas im Gutachten dazu: „. . . seine Thesen recht bescheiden und schlicht vorträgt."), vornimmt.

Beispielsweise auf Seite 7:

Denkbar ist noch eine fünfte Phase, in der die Anlage ohne den Menschen läuft. „Es gibt keinen Grund, warum eine Maschine nicht in der Lage sein sollte, für ihre eigene Instandhaltung zu sorgen." Damit entleert sich der Betrieb von menschlichen Handlungen und scheidet als Untersuchungsobjekt der Betriebssoziologie aus.

Diese Sentenz wird beim Leser eines der größten „Aha"-Erlebnisse der letzten Jahre auslösen, führt doch diese Feststellung zu bisher unerreichten Höhen der Erkenntnis. In aller Klarheit wird nun deutlich, daß Gegenstand soziologischer Betrachtungen menschliches Handeln ist, was bisher wohl noch keinem in dieser Prägnanz auszusprechen gegeben war. (Fast wünscht man, daß eine umfassende Automation einer so bescheuklappten, sich selbst beschränkenden und beschränkten Betriebssoziologie das Erkenntnisobjekt entzieht.)

Oder auf Seite 30:

Bejaht der einzelne die technischen Gesetzmäßigkeiten, denen das Betriebsgeschehen unterliegt, so muß er weitgehend auf die persönlichen Ziele verzichten, die sich damit nicht vereinbaren lassen. Es zeigen sich weniger . . . Konfliktmöglichkeiten. Die Vermittlungen zwischen den Individualzielen und dem Gesamtziel des Betriebes wird der Führungskraft erleichtert.

So einfach ist das alles. Man muß nur den lieben Mitarbeitern klarmachen, daß alles den technischen Gesetzmäßigkeiten unterliegt und die Führungskräfte im Grunde genommen gar nicht anders können, Statthalter der verselbständigten Technologie sind.

Oder: Seite 29:

Der einzelne läßt sich aber bereitwilliger in das betriebliche Kooperationssystem eingliedern, wenn er seinen Beitrag zur Gesamtleistung der Unternehmung auch übersehen kann.

Also, Ihr lieben Unternehmer, am besten ist es, davon abzulenken, daß Euer primäres Ziel der Gewinn ist. Versucht Euren Untergebenen weiszumachen, auch ihr stündet dem Gott Technologie machtlos gegenüber, nicht etwa, daß Euch Technologie bloß Mittel zu etwas anderem wäre. Und vergeßt nicht, Euch bei Landwehrmann für die Idee zu bedanken! Doch nicht immer kommt der Pferdefuß so deutlich zutage:

Eine Aufgabe der Führungskräfte besteht in der Repräsentation der Untergebenen. Die klassische Formulierung von Roethlisberger, daß der Meister zwei Herren dienen müsse, trifft für jede Führungskraft zu, wenn auch nicht immer in dem gleichen Umfang. Jede Führungskraft hat zwischen den Interessen des Betriebes und den Interessen der Untergebenen zu vermitteln. Hinzu kommt noch als „dritter Herr" die Kooperationseinheit, deren Interessen von denen der einzelnen Mitglieder wesentlich abweichen können. Da das betriebliche Zielsystem unter den Bedingungen der Automatisierung relativ starr festliegt, kann es eigentlich nur akzeptiert oder abgelehnt werden. Vom Betriebsablauf her gesehen kann die Führungskraft kaum Kompromisse zwischen den verschiedenen Interessen schließen. Der Ausgleich der differierenden Interessen wird dadurch erleichtert.

Ganz abgesehen von dem unverdaulichen Stil der Hauptsatzaneinanderreihung fällt zunächst auf, daß hier von mehreren verschiedenen Arten von Interessen die Rede ist. So wird genannt „Interesse des Betriebes", „Interesse der Untergebenen" und Interesse der Kooperationseinheit". Sollte mit Betrieb die technische Produktionseinheit (wie in der Betriebswirtschaftslehre üblich; in Abgrenzung zum „Unternehmen", der wirtschaftlichen Entscheidungseinheit) gemeint sein, so ist bereits der Begriff „betriebliches Interesse" schief; es sei hier angenommen, der Autor meint „produktionstechnisch bedingte Notwendigkeiten".

Zum zweiten fällt auf, daß die oftgenannte Führungskraft augenscheinlich **kein eigenes Interesse entwickelt; es sei denn, sie verträte einen Teil des „Betriebsinteresses"**, was unter diesem Aspekt aber jetzt als „Unternehmensinteresse" definiert werden müßte, weil Führungskräfte ja unter dem Gesichtspunkt einer **Kostenminimierung zu agieren haben, was keine produktionstechnische Kategorie ist.**

Diese verwaschene Fassung des Betriebsbegriffes hilft natürlich dazu, das „Betriebsinteresse", gemeint in Wirklichkeit als „Unternehmensinteresse", an irgendwelchen technologisch-naturwissenschaftlichen Gegebenheiten aufzuhängen; hier liegt die Ideologiefunktion der Landwehrmannschen Tätigkeit. Ein „Untergebener", der mehr Lohn fordert, kann nicht mit dem Hinweis auf eine festgelegte Technologie in die Schranken gewiesen werden; es kann der Interessenausgleich nicht nach Maßgabe des „Betriebsinteresses" erfolgen: das ist barer Unsinn! **Eine Lohnforderung, also ein „Untergebenen-interesse", richtet sich gegen das „Unternehmensinteresse", für das allerdings nicht aufgrund irgendwelcher Naturgesetzlichkeiten die Dominanz gegenüber der Lohnforderung abgeleitet werden kann.**

Als erstes Zwischenergebnis bleibt: eine (bewußt?) unklare Nomenklatur führt zu falschen oder gewollten Ergebnissen und liefert dadurch zugleich eine ebenso falsche Norm, nach der die Lösung innerbetrieblicher Konflikte zu erfolgen hat. **Das Gefährliche an dieser Sache ist nun, daß so etwas als Wissenschaft verkauft wird.** Doch es geht noch weiter:

„In diesen Zusammenhang gehört auch die Orientierung an einer Berufsethik. In unterschiedlicher Intensität haben viele Berufe einen eigenen Kodex, ein eigenes Normensystem entwickelt. Diese Normen beziehen sich meist zentral auf die Art der Berufsausübung und damit auf das Handeln im Betrieb. Da in einem Betrieb in der Regel viele Angehörige des gleichen Berufes arbeiten, die sich der gleichen Berufsethik verpflichtet fühlen, kann es zu einer Konkurrenz zwischen den Normen des Betriebes und des Berufs kommen. Besonders negativ kann sich diese Situation für den Betrieb auswirkenn, wenn die Angehörigen eines Berufes auch auf der überbetrieblichen Ebene organisatorisch eng zusammengeschlossen sind. In diesen Fällen wirkt sich die schlechte Überschaubarkeit des betrieblichen Zielsystems so aus, daß die Identifizierung mit den Berufsnormen gefördert, die mit dem Betrieb erschwert wird."

Unter der Voraussetzung, daß eine Norm die Vorstellung von einem Seinsollen ist, ist es nach dem oben Gesagten unsinnig, von einer „Norm des Betriebes" (man wartet nur noch auf den Begriff „betriebliche Ethik") zu reden. Sollte mit der „Norm des Betriebes" beispielsweise gemeint sein, daß ein Automobilhersteller Karosserien bauen will, deren Blech zwei Jahre hält, während die Berufsethik den Betriebsangehörigen vorschreibt, Qualitätsware herzustellen, so kann man wieder nur von „Unternehmernorm" reden, **weil marktstrategische Erwägungen nicht oder nur zu einem geringen Teil produktionstechnisch determiniert sind.**

Die angesprochene Negativität der Normenkonkurrenz ist eine sprachliche, inhaltsleere Hülse. Was heißt hier negativ für den Betrieb? Daß Druck seitens der Gewerkschaften oder anderer, berufsständischer Organisationen (das ist wohl der langen Rede kurzer Sinn) den Unternehmern unangenehm ist, kann ja wohl nicht die zentrale Aussage dieses Satzes (weil trivial) sein. Die allerdings im Anschluß daran aufgestellte These, daß die Einsicht in das betriebliche Zielsystem die Identifikation mit ihm fördern würde, ist reine Spekulation, von der Erfahrung her nicht belegbar!

Fazit:

Mit Hilfe einer unklaren Begriffsbildung versucht Landwehrmann, unternehmerische Interessen durch die Ankettung an technologische Gegebenheiten rational, unbezweifelbar für jedermann einsichtig zu determinieren. Dabei unterschlägt er, daß solche Interessen regelmäßig von Gewinnprognosen (erstellt anhand von Absatz- und Kostenrechnungen, bei denen Technologien nur Instrumentfunktionen haben) bestimmt werden. Mit einem solchen groben gnoseologischen Raster versucht er, „Wissenschaft" zu treiben, die letztlich den Unternehmern helfen soll, innerbetriebliche Konflikte zu mildern oder zu verhindern, indem gewisse Zusammenhänge verschleiert werden. Denn das den Untergebenen entgegengesetzte „Betriebsinteresse" ist kein abstraktes, objektiv unbestreitbares, sondern Ausfluß eines menschlichen Interesses und daher zunächst auf seine Motivation zu untersuchen. Wahrhaft schlichte Thesen, symptomatisch für Abteilung VIII. -rg-

Assistentenschaft:

Professoren boykottieren das Assistenten-Projekt

Der Druck der Ordinarien nicht nur gegen Studenten, sondern auch gegen Assistenten und deren eigenständige wissenschaftliche Arbeit haben an der RUB verschärfte Formen angenommen. Durch die letzte Sitzung des Assistentenrates wurden die skandalösen Vorfälle an der Abteilung Ostasienwissenschaften (AOW) bekannt, die dazu führten, daß ein wissenschaftlicher Assistent an der AOW arbeitslos wurde und ein weiterer von Arbeitslosigkeit bedroht ist.

Immer wieder werden Fälle bekannt — leider oft viel zu spät — daß qualifizierte, nicht habilitierte Wissenschaftler die Universität verlassen müssen, nachdem ihr Arbeitsvertrag nicht verlängert wurde oder sie lange Zeit den verschärften Repressalien der Ordinarien ausgesetzt waren. Dies sind „bewährte" Mittel, sich „unbequemer" Assistenten zu entledigen oder die selbständige wissenschaftliche Arbeit der Assistenten zu verhindern und sie wieder stärker in die Abhängigkeit der Ordinarien zu zwingen.

Diesmal haben sich zwei Assistenten an der AOW unliebsam gemacht, weil sie in eigener wissenschaftlicher Verantwortung ein Projekt verwirklichen wollen, das schon durch seine Bezeichnung Angst und Schrecken unter den Ordinarien verbreitet. Es handelt sich um das Projekt **„Begriffslexikon des Maoismus".** Diese Furcht zeigt sich nicht nur darin, daß man in der AOW möglichst einen großen Bogen um die Erforschung des modernen Asiens macht, sondern vor allem darin, daß man sich scheut, den Realitäten der historischen Entwicklung Chinas seit 1949 überhaupt ins Auge zu blicken und sich mit ihnen wissenschaftlich auseinanderzusetzen. **Ein Beispiel: von 61 Stunden Lehrveranstaltungen, die sich in diesem Semester lt. Vorlesungsverzeichnis mit „China" beschäftigen, haben in Wirklichkeit nur höchstens 8 (!) mit der Volksrepublik China zu tun.** Dies bestätigten uns Studenten, die selbst an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Seit langem bemühen sich daher die Studenten, dieses Mißverständnis zu beseitigen. Aber die Ordinarien weigern sich, den Realitäten Rechnung zu tragen. So wurden jetzt die Studienpläne, die u. a. endlich einmal eine kontinuierliche Durchführung moderner Sprachkurse gewährleisten sollten, von den Professoren auf Eis gelegt.

Erst nach langen Bemühungen war es den beiden Assistenten im Sommer vorigen Jahres gelungen, die Anfangsfinanzierung des Projektes (d. h. vor allem: Bezahlung ihrer Stellen als wissenschaftliche Angestellte) aus Restbeständen von Ford-Mitteln für einige Monate zu sichern. Der größte Teil der Ford-Mittel, die für die Erforschung des **modernen** Asiens zweckgebunden bewilligt worden waren und für die Finanzierung des Gesamtprojektes mehr als ausgereicht hätten, war inzwischen anderweitig verwirtschaftet worden: Man hatte z. B. aus diesen Mitteln einen Gastprofessor aus Taiwan (Formosa) finanziert, und das, obwohl für solche Zwecke nachweislich genügend andere Mittel zur Verfügung standen (Gastprofessur). **Eine bereits im Juli 1970 bei der VW-Stifung beantragte Weiterfinanzierung des Projekts ist bis heute noch nicht entschieden, wei u. a. Ordinarien durch „Gutachten" (sprich: Schlechtachten) das Projekt verzögern oder überhaupt boykottieren wollten.** So z. B. ein AOW-Ordinarius, der in seiner „Gutachtlichen Stellungnahme" u. a. folgendes schrieb: „Zudem sollte sichergestellt werden, daß tatsächlich mit voller Kraft an der Fertigstellung eines solchen Lexikons gearbeitet wird. Immerhin hat der als Hauptarbeiter vorgesehene (wissenschaftliche Assistent) für das WS 70/71 einen besoldeten Lehrauftrag an der Ruhr-Universität Bochum beantragt und wird unter anderem einen Teil seiner Arbeitskraft Lehraufgaben widmen. Zur Sicherung der Effektivität des Vorhabens scheint mir eine vorangehende Klärung der genannten Punkte geboten —" (Quelle: Stellungnahme der Assistentenschaft der AOW zum Verlauf des Projektes „Begriffslexikon des Maoismus", vom 9. 11. 1970).

Bei den erwähnten Lehraufgaben handelte es sich um einen zweistündigen (!) Sprachkursus, an dem 15 Studenten **(das sind 30 Prozent aller AOW-Studenten)** teilgenommen haben. In diesem Semester halten die beiden Assistenten einen ebenso gut besuchten 4stündigen Kursus ab. Die Abteilung ist andererseits nicht in der Lage, trotz eines Riesenaufgebots von Ordinarien, Lektoren, Akadräten usw. das chinesische Sprachpropädeutikum mit den Abteilungsmitteln durchzuführen. **Aus diesem Grunde beschloß der Abteilungsrat Anfang dieses Jahres, daß das chinesische Propädeutikum (chinesische Gegenwartssprache) ab WS 71/72 von den beiden Assistenten, die am Begriffslexikon arbeiten, abgehalten werden soll. Nur: Stellen werden dafür nicht zur Verfügung gestellt.** Zwar ist z. B. eine Lektorenstelle aus Lehrstuhlvereinbarungen seit Jahren unbesetzt, obgleich sie für eben die Funktionen vorgesehen ist, die mit der Ausführung des Propädeutikums gegeben sind. Aber angeblich befindet sich der betreffende Ordinarius dauernd in „auswärtigen Verhandlungen über die Besetzung" dieser Lektorenstelle. **Interessant ist, daß dieser Ordinarius in seiner Sprachveranstaltung gegenwärtig nur zwei Studenten hat.**

Inzwischen ist bei der letzten Assistentenratssitzung eine Resolution verabschiedet worden, in der sich der Assistentenrat mit den zwei betroffenen Assistenten solidarisch erklärt hat und alle möglichen Schritte zu unternehmen bereit ist, die der Sicherstellung des Projektes dienen.

Obwohl sich die beiden Assistenten bereit erklärten, das Propädeutikum zu übernehmen, ließ es die Abteilung in Verletzung ihrer Fürsorgepflicht zu, daß beiden jetzt die Existenzgrundlage genommen wird: Der Arbeitsvertrag des einen ist bereits zum 31. 5. 1971 ausgelaufen und wurde nicht wieder erneuert, der Vertrag des zweiten läuft Ende dieses Monats aus, und er muß dann **zusätzlich mit seiner Ausweisung rechnen, da ihm als Ausländer die Aufenthaltungsgenehmigung nur bei nachgewiesenem Arbeitsvertrag erteilt wird.**

Es ist an der RUB kein Einzelfall, daß Assistenten in eine materielle Notlage gedrängt werden, und damit ihre eigenständige wissenschaftliche Arbeit unmöglich gemacht wird. Immer wieder versuchen Ordinarien, die assistentische Lehr- und Forschungstätigkeit zu boykottieren, soweit sie nicht von vornherein nur über die Ordinarien möglich ist. An diesem Fall wird auch deutlich, wo die Grenzen studentischer Mitbestimmung gegenwärtig gesetzt sind: Da die Bewilligung von Forschungsmitteln noch immer von Ordinarien abhängig ist und die Assistentenstellen zum Großteil an Lehrstühle gebunden bleiben, haben die Studenten überhaupt keinen Einfluß auf die Durchführung und Finanzierung einzelner Forschungsvorhaben. Deshalb kommt es immer wieder vor, daß Forschungsgelder verwirtschaftet werden und eigenständige Forschungsarbeiten der Assistenten scheitern. Hier zeigt sich besonders klar, wie eng studentische und assistentische Interessen miteinander verknüpft sind, denn eine ordinarienunabhängige Forschung wird nur dann möglich sein, wenn Studenten und Assistenten mit zu entscheiden haben, was gelehrt und geforscht wird und welche Mittel hierfür zu verwenden sind. **Das Bündnis zwischen Assistenten und Studenten muß erreichen, daß die Durchführung des Projekts „Begriffslexikon des Maoismus" gesichert wird, um an diesem Fall eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, in Zukunft diejenigen Formen von Mitbestimmung an der Universität zu schaffen, die solche Fälle überhaupt unmöglich machen.** D. F. H.

Abteilung WiWi:

Unerträglicher Leistungsdruck

Nach dem katastrophalen Ergebnis der Diplomprüfung (38% durchgefallen; Zwischenprüfung: 42%) fand am 10. 5. ein „Informationsgespräch" (für wen?) statt, initiiert von Professor Engelhardt, denn diese Entwicklung war den Ordinarien wohl doch nicht so ganz geheuer (von 18 waren 14 erschienen). Jetzt liegt das Protokoll dieser Sitzung als Sonderausgabe des „seven up" vor.

Zunächst legte Prof. Busse von Colbe statistische Daten vor. **Das Diplomprüfungsergebnis ist das schlechteste seit Frühjahr 1967.** Damals waren von 11 Leuten 6 durchgefallen (54 Prozent). Im Herbst 70 lag die Durchfallquote noch bei 20 Prozent.

Bezüglich der Ursachen differierten die Meinungen der Profs und Studenten natürlich. Während vonseiten der Ordinarien argumentiert wurde, die Prüflinge hätten sich eben nur auf — fälschlicherweise — als relevant angesehene Stoffe vorbereitet (Reichardt), die Diplomanden legten meist den Schwerpunkt der Arbeit ins letzte Semester vor der Prüfung und gingen damit baden (Engelhardt) oder sie hätten überhaupt zu wenig getan (Laßmann), kamen vonseiten der Studenten konkrete Zahlen, die gleichzeitig auf die vorgelagerte Ursache verwiesen.

Die Studenten Klemm und Ritter legten eine Zusammenstellung des im Hauptstudium zu bewältigenden Stoffes vor, nicht repräsentativ — wie sie betonten —, aber einem „ordentlichen Studiengang" entsprechend. **Dabei ergab sich ein Semesterwochenstundendurchschnitt von 25 Stunden pro Semester, wohlgemerkt: Pflichtveranstaltungen!** Anhand des Pflichtstoffes ließ sich zeigen, daß der — für Bochum spezifische — Diplomökonom im Grunde den akademischen Grad des Dipl-Volkswirts und Dipl.-Betriebswirts umfaßt. (Von der Industrie wird der Dipl.-Ökonom als eigenständiger akademischer Grad mit besonders guten Aussichten behandelt). Angesichts dieser Arbeitsbelastung ist es tatsächlich notwendig, sich — spekulativ — zu spezialisieren. **Dazu kommt noch, daß der Prüfungsstoff in hohem Grade von der Persönlichkeit des Prüfers abhängt.** Die alte Crux der Abteilung VII, daß beispielsweise Volkswirtschaftstheorie I ist, was der Dozent dafür hält, geht zulasten der Studenten. Daß in dem ideologieträchtigen Fach WiWi **Leistungsdruck als wirksames Mittel gegen die Erarbeitung einer kritischen Distanz** benutzt wird, äußert sich hier in einer Art und Weise, wie sie vielleicht nur den Naturwissenschaftlern bis jetzt geläufig sein mag.

In einer weiteren Frage — der Übergangsordnung für die Zwischenprüfung (relevant für September 71) — scheint die Haltung der Ordinarien derartig starr zu sein, daß neue Arten der Auseinandersetzung gefunden werden müssen.

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße 156
hinter der Mensa

Men like its flavor Women love its aroma
RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE
2.50
Gratismuster • PLANTA • Berlin 61

Numerus Clausus bei den Wiwis?

Auf ihrer letzten Sitzung beschloß die Fakultät der Abteilung VII (nur mit den Stimmen der Professoren), einen Numerus Clausus von 400 Studenten pro Jahr beim NRW-Wissenschaftsministerium zu beantragen. Begründung: die Kapazitätsgrenze sei überschritten und nur so könne man Druck auf das Ministerium ausüben, mehr Mittel für den Hochschulbereich zur Verfügung zu stellen.

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

Nebenverdienst für Studentinnen und Studenten

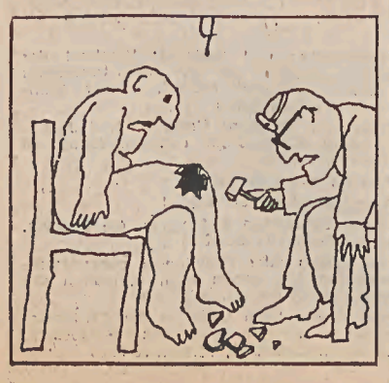
In den Städtischen Krankenanstalten Essen (Uni-Klinik) besteht seit langem ein akuter Mangel an (ungelernten) Pflegehilfskräften. Gesucht werden nach Auskunft der zuständigen Ärzte insbesondere Studenten und Studentinnen, die schichtweise Sitzwachen übernehmen können. Diese Sitzwachen sind seit der Errichtung von besonderen Raumeinheiten notwendig geworden, weil in diesen Pflegezimmern Patienten liegen, die wegen ihrer Erkrankung auf ständige Betreuung angewiesen sind.

Die Betreuungsaufgabe umfaßt in erster Linie ständige Anwesenheit, routinemäßige und wunschweise Handreichungen für den Patienten sowie eine bedarfsweise Unterhaltungsfunktion.

Die finanzielle Vergütung für eine 8-Std.-Schicht beträgt DM 35,— bei Tage und DM 40,— während der Nacht. Interessenten werden gebeten, sich zu wenden an

Frau Lelekakis
Sekretariat v. Prof. Brittinger
Städt. Krankenanstalten
Med. Klinik/Abt. Hämatologie
43 Essen
Hufelandstr. 55
Tel. Essen 79 91—24 13 od.
79 91—24 17

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I



Linke Diskussion

Klassenlage der wissenschaftlichen Intelligenz und gewerkschaftliche Orientierung

Hier der in der letzten BSZ angekündigte zweite Diskussionsbeitrag zum obigen Thema. Er ermöglicht durch die Unterscheidung nach formeller und reeller Subsumtion einerseits und Delegation von Kapitalistenfunktionen andererseits genauere Aussagen und verweist auf einen Hauptansatzpunkt hochschulpolitischer Arbeit, nämlich die fachspezifische Berufsperspektivenanalyse (s. Projektbereich Lehrerbildung!).

SHB Göttingen:

Die Arbeit von Sozialisten an der Hochschule ist unter den konkreten Bedingungen der BRD im Jahre 1971 stets der Gefahr ausgesetzt, **im Sog der „inneren Reformen" im technokratisch modifizierten Reformismus zu enden** oder aber — aus der Unfähigkeit heraus, zum Reformismus eine Alternative zu formulieren — **sektiererisch eine solche Politik zu betreiben, die an den anknüpfungsfähigen Interessen der Masse der Studenten vorbeigeht und die damit letztlich ohne Wirkung bleiben muß.**

Die **objektiv reformistische Konzeption** einer Hochschulpolitik gründet sich auf eine Klassenanalyse der wissenschaftlichen Intelligenz, die darauf hinausläuft, daß die überwältigende Mehrheit der wissenschaftlichen Intelligenz im Beruf eine direkt proletarische Klassenlage oder — eine gewisse Modifikation — eine demokratisch-antimonoplistische haben wird. Die Konsequenz für die Hochschulpolitik liegt darin, daß es ausreicht, im Studium — der Phase zwischen Sozialisation und Beruf - die zukünftige wissenschaftliche Intelligenz dazu zu bewegen, die eigenen materiellen Interessen kollektiv zu vertreten und damit auf die spätere Arbeit in den Gewerkschaften vorzubereiten.

Die **links-sektiererischen Ansätze** gehen davon aus, daß die wissenschaftliche Intelligenz eine neue Mittelschicht ist, die objektiv zwischen Bourgeoisie und Proletariat steht und auch objektiv stehen muß; praktisch angewendet, folgt aus dieser Einschätzung die Parole: „Mehrheiten neutralisieren, Minderheiten rausbrechen", neuerdings in Gestalt der „demokratischen und sozialistischen" Studentenbewegung. In den Aktionen, die direkte kurzfristige Interessen vertreten sollen, werden aus Mitgliedern der „neuen Mittelschicht" durch die „Propaganda von Kommunisten" plötzlich Sozialisten. Letztendlich läuft dieses Konzept auf einen aus einer Standpunktphilosophie „hergeleiteten" idealistischen Klassenverrat hinaus.

Die Analyse der Klassenlage der wissenschaftlichen Intelligenz muß von der Dynamik, der Entwicklung der Produktionsmittel und der Produktionsbedingungen ausgehen, nicht von einer Statik.

Im Laufe dieser Entwicklung hat sich die Arbeit immer mehr vergesellschaftet, d. h. die Arbeitsteilung erstreckt sich auf eine immer größere Stufenleiter. Daraus folgt die Notwendigkeit der Verstärkung der Einbeziehung von Organisatoren, Planern, Technikern usw. in den Gesamtarbeiter, d. h. ein zunehmender Teil der wissenschaftlichen Intelligenz wurde formell subsumiert, wurde lohnabhängig. Diese Entwicklung bedeutet zweifelsfrei eine Annäherung, da zur formellen Subsumtion die **Delegation von Herrschafts-, und Leitungsfunktionen trat, d. h. hier werden von Lohnabhängigen Kapitalistenfunktionen ausgeübt.** Im Verlauf derselben Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, die eine Intelligenz hervorbrachte, wurde die Mittelschicht der kleinen Warenproduzenten und der Kleinbourgeoisieebene wie die bürgerliche Intelligenz ihrer Existenzgrundlage beraubt, d. h. es entstand ein Potential, das ideologisch präformiert war, daß es neben technischen Funktionen, die sich aus dem Arbeitsprozeß ergeben, genau die Leitungs- und Herrschaftsfunktionen, die aus dem Verwertungsprozeß herrühren, ohne ideologische Konflikte übernehmen konnte.

Neben dieser Quelle für die ersten Generationen der wissenschaftlichen Intelligenz ist noch die der **individuellen Aufsteiger aus dem Proletariat zu erwähnen.** Es liegt auf der Hand, daß diese Aufsteiger binnen kurzem der Ideologie der objektiv deklassierten Bourgeoisie aufsaßen. Aus der Konstellation der nur formellen Subsumtion auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Delegation der Herrschafts- und Leitungsfunktionen und die Herkunft aus der Bourgeoisie, die den Angehörigen der wissenschaftlichen Intelligenz subjektiv noch gegenwärtig war, erklärt es sich, **daß die wissenschaftliche Intelligenz sich stets als Bourgeoisie gefühlt und vor allem verhalten hat.**

Die Studenten der Weimarer Republik geben gutes Anschauungsmaterial dafür ab, wie sich diese Klassenlage der wissenschaftlichen Intelligenz ausgewirkt hat. Man denke an die Freikorps, an die Marburger Studentenbataillone!

Im Verlaufe der Entwicklung trat zunächst einmal die Nähe zur objektiven mittelständischen Existenz zurück, d. h. das Erlebnis früherer „Selbständigkeit" fehlte für spätere Generationen, die Lohnabhängigkeit verlor immer mehr den Deklassierungsaspekt.

Als Hauptveränderung ist aber **der Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion festzuhalten,** d. h. die bisherige nur formelle Angleichung an die proletarische Situation bekommt eine inhaltlich konkret erfahrbare Dimension. Als Nebenprodukt sind noch aufzuführen der Verlust der Exklusivität des Status der wissenschaftlichen Intelligenz und die Veränderung des Anspruchsniveaus, das sich eben nicht mehr an der Weltwirtschaftskrise orientiert.

Während sich also die Ebene der Gleichheit der Klassenlage von wissenschaftlicher Intelligenz und Proletariat von der formellen Subsumtion zur reellen verschiebt, wodurch die Gleichheit größeres Gewicht bekommt, bleibt als Unterschied noch bestehen, daß die Delegationen von Herrschafts- und Leitungsfunktionen für die wissenschaftliche Intelligenz erhalten bleibt. Hier ist aber zu beachten, daß der Prozeß zur reellen Subsumtion die Bedeutung dieser Ausübung von Kapitalistenfunktionen vermindert. **Festzuhalten ist, daß sich durch das Fortschreiten zur reellen Subsumtion die wissenschaftliche Intelligenz objektiv dem Proletariat nähert.**

Für die Hochschulpolitik von Sozialisten heißt das, daß man nicht davon ausgehen kann, daß die wissenschaftliche Intelligenz im Beruf ohne weiteres ein Teil des Proletariats ist. Aufgabe von Sozialisten ist es, zum einen die kleinbürgerliche Sozialisation der Studenten aufzubrechen und zum anderen genau die zweiseitige Bestimmung ihrer späteren Klassenlage, d. h. die Bestimmung durch die Art der Subsumtion und die Delegation von Herrschafts- und Leitungsfunktionen bewußt zu machen, damit die Studenten in die Lage versetzt werden, ihre langfristigen, **aus dem Fakt der Subsumtion ableitbaren Interessen** zu erkennen und wahrzunehmen, und das heißt mit anderen Worten: sie zu Sozialisten zu machen.

Richtig an der „gewerkschaftlichen Orientierung" ist das Ansetzen an den materiellen Interessen der Studenten; **gefährlich ist das Stehenbleiben dabei; besonders wenn es darauf hinausläuft, Illusionen darüber zu erwecken, was an Interessen durchsetzbar ist.**

Hier ergibt sich der direkte Anschluß an die Theorien der „antimonopolistischen Kräfte", die eben genau von der Illusion ihrer Möglichkeit, die Macht der Monopole zurückzudrängen, geprägt ist. Mit Parolen wie „Finanziert die Bildungspolitik mit der Halbierung des Rüstungsetats!" wird letztlich nur die Sozialstaatsillusion gefördert. Die **Hauptgefahr** einer bestimmten Auffassung der gewerkschaftlichen Orientierung liegt darin, daß eben **nur eine Seite der Bestimmung der Klassenlage der wissenschaftlichen Intelligenz, nämlich die Lohnabhängigkeit, bewußt gemacht wird,** mit der Konsequenz, daß das Erfahren der Tatsache, daß die Vertretung bestimmter eigener Interessen zu einem Gegensatz mit dem Proletariat, zu einer Desorientierung führt, die schnell auf eine **Frontstellung der wissenschaftlichen Intelligenz an der Seite der Bourgeoisie gegen das Proletariat führt.**

Deshalb führt eine „Klassenanalyse", die die wissenschaftliche Intelligenz dem Proletariat direkt zuschlägt oder die wissenschaftliche Intelligenz zu „antimonopolistischen Kräften" macht, zu einer Politik, die **den Technokraten eine Massenbasis in der wissenschaftlichen Intelligenz zuführt.**

SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ
Probenummer anfordern bei
Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Contacta Institut
Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Arbeit auf Zeit in Büro, Industrie und Technik!

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit dazu. Sie können bei uns während des Studiums, in den Semesterferien, arbeiten. Bei uns finden Sie ein breites Betätigungsfeld mit interessanter und abwechslungsreicher Arbeit auf Zeit. Wir zahlen gut. Unsere Büros in Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg und Essen geben Ihnen jederzeit Auskunft. Wir haben den Draht zur Industrie. Rufen Sie uns doch mal an.

Bochum, Untere Marktstr. 4, Tel. 60206
Dortmund, Friedhof 8, Tel. 527328
Düsseldorf, Berliner Allee 4, Tel. 358021
Duisburg, Münzstr. 19, Tel. 26686
Essen, Lindenallee 68, Tel. 235291

adia interim

Neue Prüfungsordnung bei den WiWis

Man sollte sich davor hüten, neue Prüfungsordnungen nur aufgrund der Tatsache, daß sie neu sind, als großartige Verbesserungen für die Studenten darzustellen. Letztes Beispiel dafür war die Prüfungsordnung der Chemiker, die bei Beibehaltung des kaum zu bewältigenden Pensums zusätzlich permanenten Leistungsdruck für die Studenten bedeutete.

In der Abt. VII ist die Lage etwas anders: nachdem bei der letzten Zwischenprüfung 42 Prozent, bei der Diplomprüfung 38 Prozent der Kandidaten durchgefallen waren, kam es zu dem sogenannten „Montagsgespräch" (Protokoll in „Seven Up", Sondernummer). Einige Professoren, die bis dahin diese Durchfallquoten in erster Linie auf die „Faulheit der Studenten" zurückgeführt hatten, schienen endlich einzusehen, **daß der Studiengang in keiner Weise integriert ist, sondern VWL und BWI nur additiv zusammengefaßt werden.** Dennoch waren die Professoren bei der Verabschiedung der neuen Prüfungsordnung nicht zu Änderungen bereit, wie sie von den Studenten gefordert wurden. „Wesentliche" Änderungen:

- die Klausuren der Zwischenprüfung können zu verschiedenen Terminen geschrieben werden („gestreckte Zwischenprüfung").
- ein zusätzlicher Schein in EDV muß erworben werden (gilt erst für diejenigen, die ab WS 71/72 anfangen).
- wer nach dem 6. Semester die Zwischenprüfung nicht hat, kann seinen Hut nehmen.
- die Zahl der Wahlfächer wurde auf 14 vergrößert.
- alle 4 Fächer der Zwischenprüfung müssen mit mindestens „ausreichend" absolviert werden.
- eine 5 im Diplom kann durch eine gute oder zwei befriedigende Fachnoten kompensiert werden, wobei die Note der Diplomarbeit als Fachnote gilt.
- die Klausurnoten in der Diplomprüfung werden auf Wunsch mitgeteilt.
- die Diplomprüfung ist unbegrenzt wiederholbar.
- bei Nichtbestehen der Diplomprüfung werden die Fachnoten 0, 1; 2 und 3 auf Antrag bei der Wiederholungsprüfung angerechnet.

Bei der Vergabe der Diplomarbeit ist folgende Regelung wahrscheinlich: der Student wählt sich den Betreuer aus, spricht mit ihm über sein gewünschtes Sachgebiet und wählt aus zwei vorgelegten Themen eines aus. Falls einige Betreuer von mehr Leuten gewählt werden als sie glauben, verkraften zu können (?), wird bei den betreffenden Professoren gelost (ein Meinungsbild ergab eine eindeutige Mehrheit für diese Regelung; die endgültige Formulierung steht noch aus).

Die Forderung der Studenten, eine 5 in der Zwischenprüfung sollte ebenso wie in der Diplomprüfung durch bessere Noten in anderen Fächern ausgeglichen werden können, wurde mit dem Hinweis auf die durch die gestreckte Zwischenprüfung geschaffenen Erleichterungen abgelehnt. Die von Assistenten und Studenten beantragte gestreckte Diplomprüfung wurde gar nicht erst behandelt (kein Prof. dafür).

Verbesserungen, die schon zum nächsten Prüfungstermin wirksam werden, sind nur im Rahmen der Ausführungsbestimmungen zur bestehenden Prüfungsordnung möglich. **Es liegt im Ermessen des Prüfungsamtes der Abt. VII (nur Professoren), diese auf seiner nächsten Sitzung (Ende Juni) zu ändern.** Die Fachschaft hat die Forderung nach Anrechnung von Fachnoten bei etwaiger Wiederholungsprüfung und nach Bekanntgabe der Klausurnoten erhoben. **Sollten die alten Regelungen beibehalten werden und ähnliche Durchfallquoten wie beim letzten Mal zu erwarten sein, sind Kampfmaßnahmen der Studenten unausweichlich.**

Weitere Informationen zur neuen Prüfungsordnung im Fachschaftsraum GC 1/53.

Peter Mölders
Fachschaft Wiwi

Sozialistische Abteilungsgruppen (SAG) gegründet

Irgendwo war in diesen Tagen zu lesen, die SAG seien zur Unterstützung des SHB gegründet worden. Wenn die Verfasser dieser Behäuptung damit meinen, daß wir uns auch bemühen werden, den Bochumer SHB bei seiner Suche nach einem Standort zwischen den Fronten zu unterstützen, dann, und nur dann, ist ihnen rechtzugeben.

Doch zur Sache: **die SAG sind ein Zusammenschluß von auf Abteilungsebene arbeitenden Gruppen;** dazu gehören z. B. die Basisgruppe Anglistik, die Rote Zelle Rechtswissenschaft, die Aktionsgemeinschaft Sozialistischer Mathematiker (ASOM) und eine Reihe anderer Gruppen. Diesen Gruppen ist gemeinsam, daß sie die Rolle der Intelligenz, hier der Studenten, im revolutionären Kampf an der Seite der Arbeiterklasse von den bestehenden Hochschulgruppen revolutionärer Parteien nicht genügend genau definiert sehen. **Sie werden deshalb weiterhin verstärkt in den Abteilungen arbeiten; die politische Einschätzung der jeweiligen Arbeit soll jedoch gemeinsam geleistet werden.**

Die SAG halten sich aufgrund der geleisteten und geplanten Arbeit für besonders legitimiert, an den SP-Wahlen teilzunehmen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wer den AStA-Apparat mit seinen nicht unerheblichen finanziellen Möglichkeiten in die Hand bekommt.

Wir verweisen alle an unserem Programm interessierten Kommilitonen auf unsere Wahlplattform, in der wir auch eine eingehendere Einschätzung der übrigen an den Wahlen teilnehmenden Gruppen vorgenommen haben.

Nochmals: Wer behauptet, wir seien eine Wahlkampfgründung, hat noch niemals an der Basis, auf Abteilungsebene, gearbeitet. **Die Forderung, Abteilungsarbeit zu forcieren, wird diesen Wahlkampf überdauern.** Die SAG werden sich vermehren, konsolidieren und auch in dieser Universität endlich die Studenten zur Arbeit an der Basis, an ihren Problemen bewegen.

Auskunft: Fachschaft Jura, GC 6/34, Telefon 27 67.

m-l

Der Treffpunkt für in- u. ausländische Studenten im

· PUNKT ·

Bochum, Hans-Böckler-Str. 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 14.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

rub-pub-Bilanz nach 10 Wochen:

Wiedereröffnung am 1. Juli 1971

Am 5. April war die Studentenkneipe rub-pub hinter der Mensa zum ersten Male offiziell geöffnet. Gegenwärtig ist die Kneipe geschlossen. Um dem großen Rätselraten über die Gründe dafür ein Ende zu setzen, veröffentlichen wir folgenden Artikel:

Um es vorweg zu sagen: die großen Erwartungen, die von vielen Studenten in den rub-pub gesetzt wurden, konnten nicht oder nur zum Teil erfüllt werden. Nachdem in den ersten 3 bis 4 Wochen schon fast so etwas wie Atmosphäre entstanden war, wurde der rub-pub in letzter Zeit immer trister. Zwei Gründe gab es dafür hauptsächlich:

1. Von den Studenten, die hinter dem Tresen standen, wurden, was die Auswahl von Musik und die Art der Bedienung betrifft, unterschiedliche Maßstäbe gesetzt. Während die einen auf jeden Wunsch aus dem Publikum reagierten, schienen andere von den „Wirten" hinter der Theke plötzlich eine Uniform zu tragen. Kurzum: Durch die große Zahl der zapfende Studenten wurde nicht Atmosphäre geschaffen, sondern Atmosphäre zerstört.

2. Darüber hinaus tauchten in den letzten 2 Wochen einige Jugendliche aus Langendreer und Altenbochum auf, die durch ihre Neigung, Krawall zu machen, sicherlich etliche Gäste verscheuchten. Sie führten sich auf wie lebendige Beispiele für Hofmanns These, daß entfremdete Arbeit und Konsumterror zu mentaler und psychischer Verelendung führen. **Die Reaktion des studentischen Publikums war in den meisten Fällen Hilflosigkeit. 3 Wochen lang wurde versucht, die „Rocker" in den rub-pub und dessen Publikum zu integrieren.** Leider vergeblich. Sobald „Elvis" und seine Mannen einen bestimmten Alkoholspiegel erreicht hatten, machten sie Ärger. Im schlimmsten Fall wurde ein Student zusammengeschlagen, Gläser und Barhocker flogen durch die Luft.

Wenn der rub-pub jetzt am 1. Juli wiedereröffnet wird, werden Elvis und Co. Lokalverbot erhalten. Außerdem werden einige energische Studenten, die vom Studentenwerk dafür angeheuert wurden, notfalls mit Brachialgewalt für Ruhe sorgen.

Der Grund für die Schließung waren allerdings nicht die bisher erwähnten Schwierigkeiten, sondern die Notwendigkeit, den rub-pub in seiner Einrichtung etwas umzugestalten und zu renovieren. Eine neue Thekenanlage soll gebaut werden, die Wände werden gestrichen, andere Lampen werden installiert. Das erhoffte Ergebnis: eine etwas sauberere und gemütlichere Kneipe.

Schließlich noch einiges zu den Umsatzzahlen des rub-pub. Bisher liegen nur für die ersten 4 Wochen genaue Zahlen vor, die wir im Kasten unten bringen.

Da die ersten 10 Tage in die vorlesungsfreie Zeit fielen, ist das Ergebnis aber noch einigermaßen positiv zu werten. Ausgeglichen wird das Defizit von 60,51 DM aus dem April durch die besseren Umsätze im Mai. **Einen echten Gewinn wie andere Kneipen wird der rub-pub dennoch auch im Mai nicht erwirtschaften.** Denn den hohen Getränkeumsätzen stehen in erster Linie die hohen Lohnkosten (die Steuern werden vom Studentenwerk gezahlt), des weiteren die Kosten für Reparaturen (schon zweimal wurde das Waschbecken auf einer Toilette abgerissen) und außerordentlich hohe Kosten für den Ankauf von Gläsern (das Stück kostet 58 Pf.) entgegen. Vor allem die Gläserklauerei macht uns erhebliche Sorgen, denn während die im April geklauten Gläser von der Brauerei als Erstausstattung zur Verfügung gestellt wurden, mußten die im Mai geklauten und kaputtgeschmissenen Gläser vom Studentenwerk bezahlt werden. Die o. a. Zahlen wurden übrigens nicht vom Vorstand des Studentenwerkes allein, sondern von dessen Wirtschaftsprüfer überprüft bzw. erstellt. Sie dürften damit jeder weiteren Überprüfung standhalten.

Angesichts der Bilanz der ersten 4 Wochen ist an eine Senkung der Preise in der Studentenkneipe oder aber an eine Diskussion über die sinnvolle Verwendung eines evtl. Gewinnes vorläufig nicht zu denken. **Im Gegenteil: die Lage für die Finanzen des rub-pub wird sich so lange nicht bessern wie jeden Tag Dutzende von Gläsern geklaut werden.** Seit Eröffnung des rub-pub sind ca. 700 Gläser verschwunden. Da das für den Mai einen Kostenaufwand zur Neubeschaffung von Gläsern in Höhe von ca. 350,- DM bedeutet, wird die Finanzsituation weiter kritisch bleiben.

Vom 5.4. bis 30.4. wurde ein Nettoumsatz von 12883,43 DM erzielt. Davon mußten folgende Ausgaben bezahlt werden:

Getränkeeinkauf	7 612,58 DM
Lohn	2 702,50 DM
Lohnsteuer	270,25 DM
Kirchensteuer	27,02 DM
Umsatzsteuer	588,34 DM
Erlaubnissteuer	322,07 DM
GEMA	52,34 DM
Betriebsbücher	40,— DM
Einkaufsgeld aus der Kasse des Studentenwerkes	220,— DM
Farben, Werkzeug etc.	88,95 DM
Versicherung	42,39 DM
Schallplatten	78,50 DM
Tilgung des Brauereidarlehens	466,— DM
Fahrkosten, Spesen, Trinkgelder für Aushilfskräfte	33,— DM
Kosten für Verwaltung und Buchhaltung	400,— DM
Defizit	— 60,51 DM

Club Liberitas

BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 1 67 35

		Nichtmitgl.	Stud.
Fr 25. 6. 71 20.00 Uhr	SCHACHT IV Pop Jazz	4,—	2,50
Sa 26. 6. 71 20.00 Uhr	OTTO WOLTERS TRIO Modern Jazz	4,—	2,50
Fr 3. 7. 71 20.00 Uhr	WOODHOUSE STOMPERS Dixieland-Konzert	4,—	2,50

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet. Öffnungszeiten der Galerie SPEKTRUM: täglich von 15.00 bis 19.00 Uhr.

UP-PLEITE

Im jüngsten Contra-Punkt wirft die BSU dem AStA und dem SHB vor, durch Lahmlegung des UP nachträglich die Richtigkeit des 6-Wochen-UP-Boykotts beweisen zu wollen. Diese Polemik — auch das angeführte Beispiel spricht den Fakten Hohn — soll offensichtlich dazu dienen, die TATSACHE zu vertuschen, daß das UP seine eigene Arbeitsunfähigkeit bereits in den beiden ersten Sitzungen nachhaltig bewiesen hat und daß auch die Arbeit der studentischen Fraktion — verglichen mit den großartigen Wahlversprechen — wahrhaft beschämend ist.

● **Das 8-Punkte-Programm von Spartakus und FHV, dem sich die BSU angeschlossen hatte und mit dem eifrig Wählerfang betrieben worden war, ist selbst bei seinen Verfassern längst vergessen.**

Die versprochene **Rektorwahl** z. B. wird bewußt verschleppt und kann im Sommersemester nicht mehr durchgeführt werden.

Die übrigen Programmpunkte — Musterabteilungssatzung, Fristen für Abteilungssatzungen, Einrichtung einer Kommission für Arbeit und Soziales, Verabschiedung progressiver Studien- und Prüfungsordnungen, Anpassung an das Hochschulgesetz (sic!) — verschwanden sang- und klanglos aus der Diskussion, nachdem sie im UP-Wahlkampf ihre demagogische Funktion erfüllt hatten. Es ist nicht der geringste Versucht unternommen worden, auch nur einen einzigen dieser Punkte zu verwirklichen!

● **Auch um die politische Ausnutzung des UP (sog. Anti-Formierungsbeschlüsse) ist es mehr als schlecht bestellt.**

Das UP hat es nicht fertiggebracht, einen politischen Beschluß zum Wissenschaftsratsbesuch zu fassen (und hier hätte das UP eine Funktion für die Kampagne der Studenten haben können!) oder den Rektor wegen seiner einseitigen Informationspolitik in Sachen Wissenschaftsrat in seine Schranken zu verweisen.

Im Gegenteil: Als der Rektor in der 2. UP-Sitzung Fragen des Numerus Clausus, der Clearing-Verfahren und der Zentralen-Registerstelle behandelte — was für die Studenten sowohl politisch als auch existentiell von erheblicher Bedeutung ist — war der Spartakus gar nicht mehr vertreten, von FHV und BSU hielt sich jeweils nur noch ein Aufrechter.

Und da wagen es Spartakus und FHV, von einer Ausnutzung des UP im Interesse von Assistenten und Studenten zu sprechen!

● **Die Praxis der von Spartakus versprochenen „Verknüpfung von außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf" ergibt sich bereits aus dem oben Gesagten.**

Spartakus und sein Anhängsel FHV haben keinerlei Ansätze gezeigt, Initiativen aus den Abteilungen ins UP zu tragen und dort institutionell abzusichern.

Auf der anderen Seite haben sie ebensowenig versucht, durch politische Beschlüsse im UP Initiativen in die Abteilungen zu tragen und der studentischen Arbeit an der Basis so den versprochenen Rückhalt zu verschaffen.

Das heißt: **Die UP-Pleite ist da.**

Spartakus, BSU und FHV haben sie mithervorgerufen und tragen sie immer noch. Diese Gruppen praktizieren immer noch eine verhängnisvolle Mitbestimmungsideologie und haben nicht begriffen, daß eine solche Gremienpolitik die studentische Öffentlichkeit desorientieren muß.

Es ist die Aufgabe des AStA, anhand der Arbeit dieses UP zu vermitteln, daß Gremienpolitik für Studenten nur dann sinnvoll ist, wenn eine politische Ausnutzung der Gremien im Interesse der Studenten gewährleistet ist. rze

In einen guten Arbeitsstaat gehört ein guter Kartoffelsalat

In eine gute Uni auch. Das scheint aber an der RUB nicht unbedingt selbstverständlich zu sein: der im Mensa-Restaurant ausgegebene Kartoffelsalat ist auf die Dauer ungenießbar. Nun gibt es aber ganz guten Kartoffelsalat, wenn es als 1,30 DM-Essen z. B. Fisch oder Kasseler gibt. Der Grund: der gute Kartoffelsalat wird auswärts fabriziert. Allerdings wird auch an diesen Tagen der gute Salat **nicht** im Restaurant verkauft, dort gibt es den hausgemachten schlechten Salat. Es muß eine Strategie entwikkelt werden, wie man es erreichen kann, daß man nur mit gutem Kartoffelsalat beköstigt wird.

Daher unsere Forderungen:

1. Der Mensa-Chefkoch soll nicht überaus strenge Richtlinien an seine Damen ausgeben, so daß es z. B. auch möglich ist, zur Abendstunde Bockwurst mit warmer Beilage (statt mit Kartoffelsalat) zu verzehren.
2. Wenn es in der Mensa den guten Salat gibt, muß es ihn auch im Restaurant geben.
3. An der RUB soll überhaupt kein (schlechter) Salat mehr entwickelt und hergestellt werden.

Hamm-Brücher in Bochum:

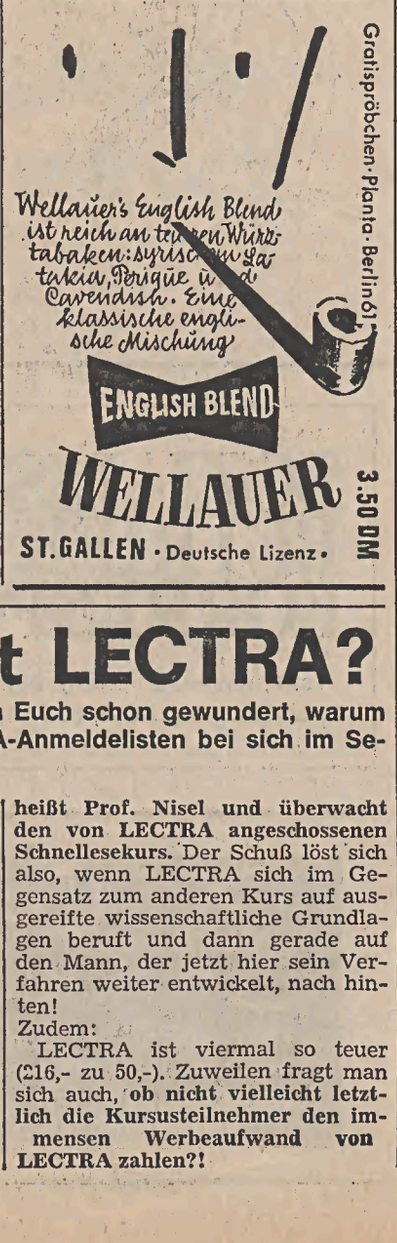
Abgrenzung gegen links

Kürzlich fand im Bochumer Parkhaus ein NW-Gesamtschulkongreß mit 500 Gesamtschulfreunden statt. Referentin war u. a. auch Frau Hamm-Brücher, Staatssekretär im Bundeswissenschaftsministerium.

Nachdem sie in einem ersten Teil die Reallisierung der Gesamtschule bis zum St.-Nimmerleins-Tag hinausgeschoben hatte (1995) und damit bereits den Unmut der mit Recht ungeduldigen Gesamtschulbefürworter herausgefordert hatte, ging sie zur Kritik der Gesamtschul-„Gegner" über.

Zunächst behauptete sie, von rechts gebe es derzeit wenig Kritik, da diesen Leuten nichts Neues mehr einfalle! Sie ließ dabei völlig außer acht, daß dieses Verstummen von rechter Kritik — soweit es das überhaupt gibt — darauf zurückzuführen ist, daß die derzeitige Bundesregierung von ihrem vormaligen verbalradikalen Positionen mehr und mehr abrückt und mit Leussink an der Spitze immer mehr auf „Kompromißpositionen" (sprich CSU/CDU-Positionen) einschwenkt, immer unter dem Vorwand, die Finanzen erlaubten nichts anderes. Man muß dem Minister recht geben: wenn es eine Regierung nicht schafft (sprich: schaffen will), neue Prioritäten zu setzen, kann sie natürlich auch keine selbstgesteckten Reformziele erreichen! Anschließend zog sie alle Register der Demagogie: sie setzte „rechts" und „links" gleich (Totalitarismustheorie, die längst auf dem Misthaufen der Geschichte lagert); sie warf alle „Linken" in einen Topf: erst zitierte sie einen „Linken" aus Frankfurt, der gesagt habe, man müsse die derzeitigen Gymnasien in ihrem Saft schmoren lassen, um das System besser sprengen zu können; sodann nannte sie als Vorhut dieser „Linken" den Spartakus, dessen neuer Bundesvorsitzender Strawe ein halbes Jahr lang in der DDR auf seine Aufgabe vorbereitet worden sei. **Sie übersieht aber völlig, daß gerade der Spartakus glaubt, man müsse den Gesamtschulrahmen nur aufgreifen und brauche ihn dann nur noch mit den richtigen Inhalten zu füllen.**

An die Ausführungen der Frau Staatssekretär schloß sich eine fast zweistündige Diskussion an, in dessen Verlauf die Teilnehmer ausschließlich (!) auf den Teil des Referats eingingen, der gerade erörtert wurde. Der einhellige Tenor: Ablehnung der Hamm-Brücher'schen Thesen. Es zeigte sich, daß sie für ihre Ausführungen das falsche Forum gewählt hatte: die Lehrer hatten in ihrer Praxis bereits zu deutlich erkannt, wo ihre Verbündeten zu suchen sind, und gegen wen man im Gegensatz zu den Vorstellungen der Frau Staatssekretär seine Vorstellungen durchzusetzen hat. m-l



Was ist mit LECTRA?

Vielleicht haben sich einige von Euch schon gewundert, warum der AStA sich weigert, LECTRA-Anmeldelisten bei sich im Sekretariat auszulegen?

In einem Flugblatt — speziell gegen den bei den Medizinern laufenden Schnellesekurs gerichtet — äußert sich LECTRA sinngemäß folgendermaßen:

Wir haben es nicht nötig, unsere Teilnehmer zu physiologischen Experimenten zu verpflichten (beim Kursus der Mediziner besteht diese Verpflichtung), da wir uns auf ausgereifte wissenschaftliche Untersuchungen — **u. a. in Kiel durchgeführt** — stützen können.

Was LECTRA augenscheinlich übersehen hat: **der Mann, der die Experimente damals in Kiel durchgeführt hat, sitzt jetzt in Bochum, heißt Prof. Nisel und überwacht den von LECTRA angeschossenen Schnellesekurs.** Der Schuß löst sich also, wenn LECTRA sich im Gegensatz zum anderen Kurs auf ausgereifte wissenschaftliche Grundlagen beruft und dann gerade auf den Mann, der jetzt hier sein Verfahren weiter entwickelt, nach hinten!

Zudem:

LECTRA ist viermal so teuer (216,- zu 50,-). Zuweilen fragt man sich auch, **ob nicht vielleicht letztlich die Kursusteilnehmer den immensen Werbeaufwand von LECTRA zahlen?!**

Wie wird man UP-Mitglied?

— Wichtigste Voraussetzung, um möglichst billig in das viertelparitätische Bochumer Universitätsparlament reinzukommen, ist **zunächst ein naiver Staatskommissar,** der aus irgendwelchen Gründen (z. B. Zerschlagung des alten UP durch reaktionäre Professoren) alleine die Rechte des UP wahrnimmt.

— Dieser Staatskommissar muß jetzt für ein 6wöchiges UP mit sich selbst eine neue Wahlordnung beschließen, die so rechtswidrig und fehlerhaft ist, daß Juraprofessoren die Wahlen nicht durchführen und **ihr Dekan — von juristischen Gewissensbissen geplagt — die gesamten erfolgten Wahlen anficht.**

— Nun muß man selbst aktiv werden: man sorge mit unheimlichem Arbeitsaufwand dafür, daß sich eine Universitätsvollversammlung **mit Mehrheit gegen diese „UP-Farce" ausspricht.**

— Der nächste wichtige Schritt: die Fachschaftsvollversammlung der eigenen Abteilung muß **mit überwältigender Mehrheit und politischer Begründung den Wahlboykott bestätigen.**

— Jetzt noch UP-Mitglied werden? Der Staatskommissar muß nun eine rechtlich völlig unhaltbare Auffassung zur Möglichkeit einer Briefwahl veröffentlichen.

— Um ganz sicher zu gehen, **warte man, bis der Wahltermin um zwei Tage verstrichen ist;** damit jegliche eventuelle Konkurrenz ausgeschaltet ist.

— Nun ist der große Augenblick gekommen: man schreibe auf einen Zettel seinen Namen und daß man sich selbst wähle und gebe diesen Zettel dem Dekan.

— Weiter geht's: auf einer „Wahlversammlung" der Abteilung (die aus irgendwelchen Gründen viel zu spät stattfindet und allein deswegen juristisch belanglos ist) sorge man dafür, daß **alle anwesenden Studenten sich nochmals gegen die Wahl aussprechen.**

— Eine Kandidatenaufstellung geschweige denn eine Wahl findet in der Abteilung nicht statt. Aber: **der Wahlleiter, der dem Staatskommissar dies mitteilt, legt zum Scherz den Zettel (s. o.) bei.**

— Und der Staatskommissar? — Der hat schon lange erklärt, daß die Wahlen abgeschlossen sind und **weiß, daß aus vier wichtigen rechtlichen Gründen dieser Zettel eine Scherzerklärung ist.**

Doch in der Nacht vor der konstituierenden UP-Sitzung vergißt er, was demokratische Grundsätze sind und schickt per Telegramm eine Einladung zum UP raus.

— Ist man jetzt UP-Mitglied? Es hilft nicht, daß man in der UP-Sitzung beteuert, es sei alles nur ein Scherz gewesen — man bekommt eine Stimmkarte. Und es hilft nicht, daß man lauthals dieses undemokratische Verfahren anprangert — keins der UP-Mitglieder scheint sich daran zu stören. Und auch der neue UP-Vorsitzende behandelt die 3 Personen, die auf diese oder ähnliche Weise UP-Mitglieder" wurden, weiter als ordentlich gewählte Mitglieder.

Fazit: Es ist unheimlich leicht, als rechtmäßiges UP-Mitglied akzeptiert zu werden — insbesondere in einem UP, das selbst rechtswidrig ist. Dieses UP hat in seiner bisherigen Arbei gezeigt, daß es so arbeitet, wie es entstanden ist.

Erich Eisel

Klatsch bringt Knatsch

der bsu ist immer noch keine antwort auf die shb-kritik am contrapunkt eingefallen. nun wird es aber wirklich langsam zeit.

☆

der shb wird verwaltungsklötenbär vogl zum kavalier der straße vorschlagen. der grund: anläßlich eines telefongesprächs mit erich eisel gab vogl an, er fahre nie bei rot über eine ampel, halte immer an halt-schildern, fahre immer genau 50 km in der stadt und sei auch ansonsten ein vorbildlicher verkehrsteilnehmer.

☆

eine meldung in der letzten klatschspalte erregte die gemüter: robert farle fand, der hinweis auf seine hammer & sichel unterwäsche sei ausfluß eines reinen antikommunismus und kein humor. dabei prägte robert farle eine definition von humor, die furore machen wird: „humor ist, wo humor hingehört". ganz anders reagierte anton von magnis. er will seine schwarz-rot-gold-geränderten wäschestücke gegen reinweiße austauschen.

☆

viele studenten werden sich fragen, was es nun eigentlich mit der SAG (sozialistische abteilungsgruppen) auf sich hat, als er einmal danach gefragt wurde, antwortete SHB (nicht SAG)-mitglied erich eisel: das sind leute, die nicht in den shb gehen wollen, aber auch keine andere politik machen können. na bitte.

☆

die ersten beiden strophen der shb-hymne sind fertig.

der shb, der shb
der tut den kapitalisten weh
fiderallala fiderallala.
die bsu, die bsu
die macht die beiden augen zu
fiderallala fiderallala.

wer macht noch mehr strophen?

und es gibt doch noch eine einheitsfront: alle linken gruppen waren sich darüber einig, daß bochum bei seiner 700-jahr-feier nur noch mit roten fahnen geschmückt werden dürfen.

schallplatten kaufen Sie im

MUSIKHAUS KÜHL

Bochum, Kortumstr. 93

Was schenken?
geht zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen warten auf Euch!

BSZ

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Renate Zimmermann-Eisel, Rainer Stollmann. Manfred Buhl.)

Redaktion: Reinhard Greeven, Axel Jost. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Auflage: 10 000 Exemplare

Anzeigenleitung: Erich Eisel

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Telefon 70 18 55